

Er scheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M. viertel-  
jährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Peltzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 8 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-  
straße 10b .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 24. Februar 1911

## An alle in der Portefeuilles- und Reiseartikelindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen!

Werte Kolleginnen, Werte Kollegen! Nur noch wenige Wochen trennen uns von dem Zeitpunkte, an welchem die Entscheidung fallen muß, ob das bis zum 30. Juni 1911 bestehende Tarifverhältnis in der Portefeuilles- und Reiseartikelindustrie in Berlin, Freiberg i. Sa., Offenbach und Stuttgart unverändert weiterbestehen oder ob es zum Zwecke dringender Verbesserungen für die Gesamtkollegenchaft gekündigt werden soll.

Mit der Aufrollung dieser Fragen wird die Gesamtkollegenchaft aufgefordert, eine Entscheidung zu treffen, die nicht nur für die zukünftige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Portefeuilles- und Reiseartikelgewerbe von tief einschneidender Bedeutung sein wird, sondern auch geeignet ist, die wirtschaftlichen Verhältnisse eines jeden Kollegen, einer jeden Kollegin stark zu beeinflussen.

Die Tarifgemeinschaft im Portefeuilles- und Reiseartikelgewerbe Deutschlands in Gemeinschaft mit der gewerkschaftlichen Organisation,

den **Verbande der Sattler und Portefeuille Deutschlands,**

hat den unanfechtbaren Beweis erbracht, daß die verbesserten Lohn- und Arbeitsbedingungen in einem Gewerbe niemals die Konkurrenzfähigkeit der Produkte ungünstig beeinflussen. Die großartige Entwicklung der Lederwarenindustrie in den letzten Jahren brachte den Herren Lederwarenfabrikanten Deutschlands einen wahren Goldregen. Neben der enormen Steigerung des Außenhandels ist auch der Bedarf von Lederwaren in Deutschland gestiegen. Es steht fest, Deutschland ist in der Fabrikation von Lederwaren aller Art jedem anderen Lande überlegen. Dieser erfreuliche Zustand ist nicht zuletzt der autorisierten Arbeiterschaft und der Tarifgemeinschaft zu verdanken. Es wäre bedauerlich, wenn die beteiligte Arbeiterschaft nicht auch einen kleinen Nutzen von diesem Aufschwunge zu verzeichnen gehabt hätte. Ob dieser Nutzen aber genügt, die dauernde Belastung der Arbeiterschaft durch die Finanzreform, Steuerpolitik und der damit verbundenen Teuerung aller notwendigen Lebensmittel auszugleichen, ist eine Frage, die unbedingt verneint werden muß.

Die kommende Bewegung soll der Kollegenchaft erst das bringen, was ihr auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse gehört und wodurch ein Ausgleich der vermehrten Ausgaben ermöglicht werden kann.

Die Herren Lederwaren- und Reiseartikelfabrikanten bzw. ihre Organisationen werden nichts unversucht lassen, die berechtigten Forderungen der Arbeiter als viel zu hoch zu bezeichnen oder gar zu bekämpfen. Was bedeutet sonst das Bestreben, die Vereinigung der Lederwaren- und Reiseartikelfabrikanten Deutschlands soll sich der

**Streikversicherung des Bundes der Industriellen**

anschließen?

Der seitgesetzten Organisation unserer Unternehmer und ihrem Vorhaben muß unbedingt eine noch fester gefügte **Arbeiterorganisation** gegenübergestellt werden, die nicht nur Tarife schafft, sondern auch deren Einhaltung genügend überwachen und jeden Tarifverstoß gebührend und nachhaltig juristisch einweisen kann. Zu diesem Zwecke, mit dem doch alle Kollegen und Kolleginnen einverstanden sind, ist es notwendig und vorteilhaft, den neu abzuschließenden Tarifvertrag für das Portefeuilles- und Reiseartikelgewerbe zu verbessern und klare, unzweideutige

Bestimmungen hineinzubringen. Vor allem ist das

**Entwickelung der Heim-, Zwischenmeister- und Filialbetriebe** zu legen.

In den letzten Jahren sind sehr viele Lederwarenfabrikanten dazu übergegangen, die Zahl der in eigenen Werkstätten beschäftigten Personen und die Zahl der Einzelheimarbeiter zu verringern. Die Zwischenmeisterbetriebe wurden um durchschnittlich 33½ Proz. vermehrt. Die **neueste Entwickelung führt zum Vertikalsystem**, das heißt: Lederwarenfabrikanten treffen mit irgend jemandem ein Abkommen, der für sie nach eigenen Angaben, Artikel herstellt und die ganze Verantwortung in bezug auf die Arbeiter, ihre Entlohnung usw. übernimmt. Da es sich immer um fast mittellose Personen handelt, leidet der eigentliche Unternehmer bei den Leder-, Bügel- und sonstigen Lieferanten Bürgschaft. Auf diese Weise entledigen sich die Fabrikanten, die als Mitglieder der Unternehmerorganisation Tarife mit uns abschließen, ihrer tariflichen Verpflichtungen. Sie können auf alles und noch mehr eingehen, sie sind ja zu nichts verpflichtet, ihr Lieferant ist ja selbständiger Fabrikant. Dieser wieder verlegt seinen Betrieb weitweg vom eigentlichen Industriezentrum, um so außerhalb des Geltungsbereichs des Tarifs zu kommen. Die Filial- und Verlegerbetriebe sollen, nach dem Gehändnis eines Großfabrikanten, Streifbrecherbetriebe sein. Welchen Umfang die Entwickelung dieser Betriebsform angenommen hat, beweist uns, daß jetzt in **Köppern i. L.** fünf solcher Fabriken mit circa 200 Beschäftigten vorhanden sind. In Froschhausen, Oberlshausen, Großzimmern usw. sind solche Betriebe entstanden. In Bergen-Enkheim ist die Zahl der Monteure von 51 auf 70 gestiegen. Die Zahl der in solchen Betrieben beschäftigten Personen beträgt im **Offenbacher Gebiete weit über 2000**, also nahezu die Hälfte aller in Betracht kommenden Arbeiter, die von dem Tarifvertrag ausgeschlossen werden, wenn wir nicht alle Mittel anwenden, die es ermöglichen, daß der eigentliche auftraggebende Lederwarenfabrikant auch mit für die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen sorgt. Ohne solche Verpflichtung wird für die Arbeiterschaft ein Tarifverhältnis nur zur Fessel. Weil wir im Interesse der Gesamtarbeiterchaft der Portefeuilles- und Reiseartikelindustrie das Tarifverhältnis auf alle in genannten Industriezweigen beschäftigten Personen auszudehnen haben, kann ein neues Tarifverhältnis nur auf der Grundlage zustande kommen, daß die Vereinigung der Lederwarenindustriellen Deutschlands resp. deren Mitglieder verpflichtet werden, nur bei solchen Zwischenmeistern und Heimarbeitern arbeiten zu lassen, die den Tarif für ihre Hilfskräfte anerkennen und einhalten und nur von Fabrikanten Waren entnehmen, die unter tariflichen Bestimmungen hergestellt sind. Bekommen wir solche Garantien bei der diesmaligen Lohnbewegung nicht, so ist das Zustandekommen eines neuen Tarifverhältnisses in Frage gestellt.

Wird in den Vorverhandlungen diese Frage zur Zufriedenheit der Arbeiterschaft geregelt, dann muß darauf gedrungen werden, daß die **Arbeitszeit in allen Betrieben, gleichgültig ob in der Stadt oder auf dem Lande, ob in Fabrik-, Zwischenmeister- oder Heimarbeitbetrieben**, an den ersten fünf Wochentagen nicht länger wie neun, am Samstag nicht länger wie sieben Stunden sein darf. An den Vorabend vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird **sechs Stunden Arbeitszeit** als genügend erachtet. Wegen der Arbeitszeitverkürzung darf am **Lohne kein Abzug** vorgenommen werden.

Die auf Zeitlohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sollen sowohl die gesetzlichen wie auch die vom Unternehmer angeordneten **Feiertage in der Höhe ihres Lohnes bezahlt** bekommen.

Alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge, die ein Jahr in ein und demselben Betriebe beschäftigt sind, sollen einen Sommerurlaub unter Fortzahlung ihres Durchschnittsverdienstes gewährt bekommen. Die Zeitverläumliche wegen Kontrollverpflichtung. Aufsuchen einer neuen Arbeitsstelle usw. sind bis zur Dauer von drei Stunden in der Höhe des Durchschnittsverdienstes zu vergüten.

Entlassungen wegen Mangel an Arbeit sollen erst nach Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich vorgenommen werden, und sind die Zwischenmeister, Heimarbeiter und Werkstathtarbeiter in diesem Punkte gleichmäßig zu behandeln.

Neue Heimarbeiter, insbesondere Zwischenmeister dürfen nur dann eingestellt werden, wenn sie das 18. Lebensjahr erreicht haben.

Die Akkordlöhne sind nur dann als Tarifföhne anzuerkennen, wenn sie vom Unternehmer beziehungsweise seinem Bevollmächtigten in Gemeinschaft mit den in Betracht kommenden Arbeitern festgesetzt und in dem auszuhängenden Lohnarif eingeschrieben sind.

Die Akkordlöhne müssen für Werkstathtarbeiter, Heimarbeiter und Zwischenmeister gleich hoch sein.

Auf alle Akkord- und Zeillöhne hat ein zehnprozentiger Aufschlag zu erfolgen, daneben ist für Auserhausarbeit noch ein Aufschlag von 5 Proz. zu gewähren.

Dem Trängen der Heimarbeiter nachgebend, sah die Regierung sich endlich genötigt, dem Reichstage einen

**Hausarbeitersgesetzentwurf**

vorzulegen, der allerdings sehr verbesserungsbedürftig ist. Werden die auf dem Heimarbeiteritag in Berlin gemachten

Verbesserungsvorschläge mit aufgenommen, so wird das Hausarbeitersgesetz gegenreich wirken. Hervorzuheben sei, daß in diesem Gesetzentwurf den Heimarbeitern vorgeschrieben wird, wie die Arbeitsräume beschaffen sein sollen. Die Wohn- und Schlafräume sollen von der Arbeitsstelle getrennt werden. Nirgends ist eine Bestimmung zu finden, daß die Unternehmer oder gar die Regierung für die Kosten des Mehraufwandes den Heimarbeitern Ersatz schaffen. Dieser Umstand verflücht die heimarbeitenden Kollegen, 5 Proz. des Arbeitslohnes, der für die Werkstathtarbeiter im Lohnarif festgelegt wird, als Entschädigung für die Mehrausgaben des vorchriftsmäßigen Arbeitsraumes zu fordern.

Die Bestimmungen für Ueberzeitarbeit und Anfertigung einzelner Artikel sind genauer festzulegen.

Vorbekende Verbesserungsvorschläge sollen durchaus nicht als endgültig betrachtet werden, vielmehr ist durch Auberäumung von außerordentlichen Versammlungen Vorfälle getroffen, daß allen Kollegen und Kolleginnen Gelegenheit geboten ist, ihre Wünsche und Forderungen in Bezug auf das neu vorgeschaltete Tarifverhältnis zu äußern und zu bestimmen, ob die bestehenden Tarifverträge gekündigt werden sollen?

Nach dem oben Gesagten halten wir es für selbstverständlich, daß unsere Kollegen und Kolleginnen die in nächster Zeit stattfindenden Versammlungen und Betriebsbesprechungen zahlreich und pünktlich besuchen, um auf diese Weise erkennen zu geben, daß sie samt und sonders gewillt sind, durch Schaffung eines neuen Tarifvertrages Arbeitsbedingungen zu schaffen, unter denen es eine Lust zu arbeiten und zu leben ist.

H. W.

**Inhalt:** An alle in der Portefeuller- und Reiseartikelfabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen! -- Beitragszahlung -- Streiknotizen. -- Die Internationale Hygiene-Ausstellung und die Gewerkschaften -- Soziale Verträge und soziale Kurpfänder -- Der Gau Offenbach im Jahre 1910. -- Der Arbeitsmarkt im Dezember 1910. -- Streiks und Lohnbewegungen. -- Aus unserem Beruf. -- Korrespondenzen. -- Rechtspflege. -- Rundschau. -- Befestigung des Zentralverbandes. -- Briefkasten. -- Währungsfrage. -- Adressen-Veränderungen. -- Striktablet. -- Versammlungskalender. -- Anzeigen.

**Für die Woche vom 26. Februar bis 4. März ist der 9. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann feinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.**

**Achtung! Kollegen! Achtung!**

Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Braunschweig.** Die Tapezierer der Matragnenfabrik von Langefeld befinden sich im Streik. Arbeitsangebote sind zurückzuweisen.

**Leiz.** In den hiesigen Lederwagenfabriken steht die Gesamtarbeiterschaft im Streik.

**Dänemark.** Die Portefeuller- und Reiseeffektenfabrik von G. A. Matthiesen in Kopenhagen ist wegen Lohn Differenzen gesperrt.

**Schweden.** Die Treibriemenfabrik von Kuupe in Stockholm ist für Sattler und Riemen differenzunhalber gesperrt.

**Schweiz.** Die Firma Landis, Reiseartikelfabrik, in Derlislon bei Zürich, ist gesperrt. Sattler und Täschner haben den Betrieb zu meiden.

Von allen obengenannten Orten ist der Bezug streng fernzuhalten.

**Die Internationale Hygiene-Ausstellung und die Gewerkschaften.**

Von Mai bis Oktober d. J. findet in Dresden eine Internationale Hygiene-Ausstellung statt, die u. a. den Zweck haben soll, hygienische Belehrung zu verbreiten und dem Besucher vorzuführen, welche Gefahren den Körper drohen, inwiefern er dazu beitragen kann, diese Gefahren abzuwenden und wie es möglich ist, den eigenen Gesundheits- und Strätzustand zu erhalten und endl. zu erhöhen. Die Ausstellung soll 5 große Abteilungen umfassen: Die wissenschaftliche Abteilung, die historische Abteilung, die populäre Abteilung, die Sportabteilung und, in alle Abteilungen eingreifend, die Industrie.

Der General-Kommission ging bereits im Frühjahr v. J. von dem Direktorium der Ausstellung eine Einladung zur Beschidung der wissenschaftlichen Abteilung zu. Dieser ersten Einladung folgte eine zweite, unterzeichnet von dem wissenschaftlichen Generalsekretär der Ausstellung, durch welche die General-Kommission im Auftrage des Vorsitzenden der Gruppe V 3 der wissenschaftlichen Abteilung „Spezielle Berufsstatistik und Berufshygiene“, Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Wubdorff-Berlin, noch besonders ersucht wurde, sich an der Internationalen Hygieneausstellung durch Ueberlassung von Ausstellungsgegenständen zu beteiligen. Besonderer Wert würde -- wie es in dem Einladungs schreiben heißt -- u. a. auf Vorführungen aus dem Gebiete der Heimindustrie gelegt werden.

Die General-Kommission legte die Frage, ob eine Beteiligung der Gewerkschaften an der Internationalen Hygieneausstellung erfolgen sollte, dem Vorstand der gewerkschaftlichen Zentralverbände zur Entscheidung vor, die nach eingehenden Beratungen der Beteiligung zustimmten, obgleich von vornherein nicht zu verkennen war, daß dadurch den Gewerkschaften eine große Arbeit und nicht unerhebliche Kosten entziehen würden. Man entschloß sich aber, um die Ausstellung zu einer möglichst vollkommenen zu gestalten, um so eher dazu, als die Leitung der wissenschaftlichen Abteilung großen Wert auf die Beteiligung der Gewerkschaften an der Gruppe 5 „Beruf und Arbeit“ legte. In dieser Gruppe soll, wie es in einem Schreiben der Ausstellungsleitung heißt:

„an einem möglichst reichen Anschauungsmaterial gezeigt werden: 1. Welchen gesundheitlichen Schädigungen die Arbeiter in den verschiedenen Betrieben ausgesetzt sind. 2. Welche hygienischen Einrichtungen getroffen werden können, um diesen Schädlichkeiten zu begegnen. Um Interesse und Verständnis für gewerbehygienische Fragen anzubahnen, sollen auch Gegenstände zur Vorführung gebracht werden, welche die verschiedenen Techniken und das Material, in dem gearbeitet wird, veranschaulichen, wie z. B. Photographien, Modelle und sonstige Darstellungen von Fabrikräumen, Werkstätten, Arbeitsplätzen, Apparaten und Maschinen, Arbeiter in ihrer Beschäftigung usw.“

Mit Rücksicht darauf, daß nach der im Auftrage des Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Wubdorff übermittelten Einladung besonderes Gewicht auf Vorführungen aus dem Gebiete der Heimindustrie gelegt wurde, kamen die Verbandsvorstände zu dem Entschluß, eine besondere Heimarbeiterausstellung innerhalb der Internationalen Hygieneausstellung zu veranstalten. Diese Absicht wurde in der ersten Hälfte des Oktober v. J. dem wissenschaftlichen Generalsekretär der Ausstellung bei einer Rücksprache in Berlin zur Kenntnis gebracht. Mit Schreiben vom 15. Oktober teilte dieser der General-Kommission mit, daß eine solche Heimarbeiterausstellung als Sonderausstellung der General-Kommission aufgefakt werden müßte und daß dementsprechend die General-Kommission die gesamten Kosten für diese Ausstellung selbst übernehmen und Plakmiete zahlen müßte, genau so, wie dies z. B. auch von den Sonderausstellungen des Zentralverbandes vom Roten Kreuz, des Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose und verschiedenen anderen ausgesprochenen Wohltätigkeits-

vereinen verlangt würde. Eine Ausnahme könne auch bei der General-Kommission nicht gemacht werden.

Die General-Kommission erklärte sich bereit, Plakmiete zu zahlen und endl. auch einen eigenen Pavillon für die Heimarbeiterausstellung auf ihre Kosten zu errichten.

Am 14. November fanden zwischen dem Direktorium der Ausstellung und Vertretern der General-Kommission in Dresden weitere Verhandlungen statt. Das Direktorium, insbesondere dessen Vorsitzender, Herr Kommerzienrat Ringner-Dresden, zeigte bei diesen Verhandlungen das größte Engagement und erklärte sich bereit, die Sonder-Heimarbeiterausstellung der Gewerkschaften, wenn irgend angängig, in der Nähe des großen Pavillons „Beruf und Arbeit“ unterzubringen. Für den Fall, daß der zu errichtende Pavillon in diesem Teil der Ausstellung nicht mehr sollte untergebracht werden können, sollte für die gewerkschaftliche Sonderausstellung auf der anderen Seite des Ausstellungs-terrains ein geeigneter Platz zur Verfügung gestellt werden. Das Direktorium erklärte sich auch bereit, gegen Zahlung eines Pachtpreises von 80 Mk. pro Quadratmeter die zur Heimarbeiterausstellung benötigte Halle den Wünschen der General-Kommission gemäß zu errichten. Da eine Verständigung mit der Bauleitung und eine Ausmessung des Platzes notwendig war, ver sprach das Direktorium, der General-Kommission innerhalb einer Woche definitive Bescheid darüber zugehen zu lassen, welcher Platz innerhalb des Ausstellungs-terrains zur Verfügung gestellt werden könne.

Bei den Verhandlungen mit dem Direktorium der Ausstellung war auch ein Geheimerat aus dem sächsischen Ministerium zugegen. Dieser Herr hatte gegen die gewerkschaftliche Heimarbeiterausstellung erhebliche Bedenken und verlangte, daß die Ausstellung gemeinsam mit den Unternehmern arrangiert werde, weil sonst zu befürchten sei, daß sie tendenziös ausfallen würde. Zum mindesten sollten die Gewerkschaften sich verpflichten, auch die Lichtseiten der Heimarbeit zur Darstellung zu bringen.

Die Vertreter der General-Kommission erklärten, auf eine zusammen mit den Unternehmern zu veranstaltende Ausstellung verzichten zu müssen. Es müsse den Unternehmern überlassen bleiben, ihrerseits die Heimarbeit in der Ausstellung zur Darstellung zu bringen, wie sie es für richtig hielten. Die Lichtseiten der Heimarbeit zur Vorführung zu bringen, hätten die Gewerkschaften keine Veranlassung, weil ihrer Ansicht nach die Heimarbeit in der Hauptsache Schattenseiten aufzuweisen hätte. Tendenziös solle die Ausstellung nicht gestaltet werden. Nur die für die Heimarbeit typischen Verhältnisse sollten zur Darstellung gelangen.

Die von dem sächsischen Geheimerat erhobenen Bedenken fanden bei den übrigen Mitgliedern des Direktoriums, insbesondere bei dem Vorsitzenden, keine Gegenliebe. Herr Kommerzienrat Ringner erklärte ausdrücklich, die Befürchtungen, daß die Ausstellung tendenziös gestaltet werden könne, seien ungerechtfertigt. Man müsse den Gewerkschaften überlassen, die Ausstellung so zu gestalten, wie sie es für richtig hielten. Nämlich Uebertreibungen vor, so würde das nur den Eindruck der Ausstellung abschwächen, denn solche Dinge fortgürteten sich selbst.

Jugendliche einschränkende Bedingungen zu stellen, sei nicht nötig.

Gestützt auf diese zweifelsfreien Erklärungen des Direktoriums begannen die Gewerkschaften mit den Vorbereitungen für die Ausstellung. In mehreren Konferenzen, zu denen auswärts wohnende Gewerkschaftsvertreter herangezogen werden mußten, wurden die Grundzüge der Beteiligung an der wissenschaftlichen Abteilung, sowie die Organisation der Sonderausstellung betr. Heimarbeit festgestellt und danach seitens der Verbände zum Teil recht umfangreiche Vorarbeiten aufgenommen. Es wurde statistisches Material gesammelt, Enquêtes erhoben, Photographien aufgenommen, Verträge mit Heimarbeitern über ihre Beschäftigung während der Dauer der Ausstellung abgeschlossen, sowie Verteilungen an zahlreiche Gegenstände aufgegeben. Alles dies, dazu die Vereinerung der Heimarbeitgebiete hat den Gewerkschaften bereits ganz erhebliche Arbeit und Kosten verursacht.

Einige Zeit später erschienen in sächsischen Zeitungen Berichte über Tagungen der sächsischen Gewerbe- und Handelskammern, sowie anderer Unternehmer-Organisationen, aus denen hervorging, daß das sächsische Ministerium des Innern die Unternehmer gegen die gewerkschaftliche Heimarbeitstellung mobil gemacht hatte. Die Unternehmer verlangten, daß das Direktorium eine gewerkschaftliche Heimarbeitstellung nicht zulasse oder, wenn dies nicht mehr verhindert werden könne, wenigstens Vorkehrung dafür treffe, daß nicht nur die Schatten, sondern auch die Lichtseiten der Heimarbeit zur Darstellung gebracht werden. Um eine tendenziöse Vorkürzung der Heimarbeit zu verhindern, solle eine Kommission von Unternehmern zur Entscheidung darüber herangezogen werden, was zur Ausstellung zuzulassen sei usw.

Der Verband sächsischer Industrieller richtete eine Eingabe an das Ministerium des Innern, in welcher er u. a. ausführt:

Es kann aber nach Meinung des Verbandes keinem Zweifel unterliegen, daß es den sozialdemokratischen Gewerkschaften um eine objektive Darstellung der Verhältnisse gar nicht zu tun ist. Würde das der Fall, dann würden die Gewerkschaften der Einladung gefolgt sein, die Ausstellung mit den Arbeitgebern und mit unbeteiligten Dritten gemeinsam zu veranstalten. Die schroffe Ablehnung dieser geforderten Parität spricht aber dafür, daß es den sozialdemokratischen Gewerkschaften nur auf eine tendenziöse Ausstellung ankommt. Die freien Gewerkschaften verfolgen überhaupt ausgesprochenemmaßen die Tendenz, die Heimarbeit zu bekämpfen, weil sie in ihr ein Kennzeichen der sozialdemokratischen Organisation erblicken. In dem letzten Jahrgang des Correspondenzblattes der freien Gewerkschaften findet sich keine einzige Angabe über eine Organisation der Heimarbeit oder Heimarbeiterrinnen in sozialdemokratischen Gewerkschaften. Es fehlt daher den Gewerkschaften jede Legitimation, etwa auf Grund genauer Kenntnis der in Betracht kommenden Verhältnisse über das Problem der Heimarbeit sprechen und die Öffentlichkeit beeinflussen zu können. Bekanntlich hat der Führer der freien Gewerkschaften seinerzeit auf einem sozialdemokratischen Kongress offen ausgesprochen, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaftsvereine eins wären. Da nun noch im Jahre 1908 der sozialdemokratische Abgeordnete Mollenhuth in der Gewerbeordnungskommission offen aussprach, daß die Heimarbeit vernichtet werden müsse, und da die freien Gewerkschaften sicherlich diesen Standpunkt teilen, so darf man wohl aussprechen, daß eine Organisation, welche prinzipiell auf dem Boden steht, daß die Heimarbeit vernichtet werden soll, nicht als objektive Institution gelten kann, um die Licht- und Schattenseiten der Heimarbeit darzustellen. Der Verband ist vielmehr fest davon überzeugt, daß es die Pflicht der Gewerkschaften ist, durch eine bewusste Öffentlichkeitsarbeit vor der Heimarbeit zu warnen und die gefahrenvollen gesetzgeberischen Maßnahmen dadurch zu beeinflussen. Eine derartige tendenziöse Ausstellung, die keine Gewähr dafür gibt, daß wirklich die Normallohne und die Normalverhältnisse der Heimarbeit zur Darstellung kommen, kann aber nicht dazu dienen, der Lösung des Problems der Heimarbeit näher zu kommen. Wohl aber kann eine solche Ausstellung, wenn sie ebenso tendenziös sein würde, wie seinerzeit die Heimarbeiterausstellung in Berlin, dazu dienen, die sozialdemokratische Bewegung im Ausland zu stärken dadurch, daß durch ergebnislose Einzelkämpfe — bei der Berliner Heimarbeiterausstellung wurde in demagogischer Weise mit dem Wochenverdienst einer 33jährigen Frau operiert — der Eindruck außerordentlich niedriger Normallohne in Deutschland erweckt wird und damit den Schutzbehörden fremder Länder Agitationsmaterial geliefert wird.

Der Verband sächsischer Industrieller erklärt daher, daß er sich mit der Errichtung einer Heimarbeiterausstellung auf dem Gelände der Hygiene-Ausstellung nur einverstanden erklären könne, wenn die Gewerkschaften ihrerseits dem Vorschlage zustimmen, daß eine Aufnahmegericht gebildet wird, die aus einer gleichen Zahl von Arbeitern und Arbeitgebern unter Hinzuziehung unbeteiligter Dritter gebildet wird. Diese Aufnahmegericht muß über die Aufnahmefähigkeit der einzelnen Ausstellungsgegenstände entscheiden. Ferner muß Gewähr dafür gegeben werden, daß die Stücklohne objektiv in Stunden-

löhne umgerechnet werden. Endlich sei zu fordern, daß bei allen Angaben über das Einkommen der Heimarbeiter streng getrennt wird zwischen den Kategorien der gelegentlichen Heimarbeiter und der beruflichen Heimarbeiter, die durch die Heimarbeit ihren ganzen Lebensunterhalt verdienen.

Diese, von einseitigem Unternehmer Egoismus und engherzigem Partei-Nationalismus zeugende Sache blieb nicht ohne Erfolg, wie wir in einem weiteren Artikel zeigen werden.

### Soziale Herzte und soziale Kurpfuscher!

Es ist bekanntlich eines der beliebtesten Mittel der „christlichen“ Agitatoren und Kapläne, auf den sozialen Gedanken, der in der christlichen (natürlich ist da nur die katholische Lehre gemeint) Lehre liegt, hinzuweisen. Ganz abgesehen davon, daß schließlich in jeder anderen Religionslehre, ja in mancher sogar in weit höherem Maße als in der christlichen, mehr oder minder große Einschläge sozialer und humaner Gedankensinnel enthalten sind, liegt es fern, daß die christliche (katholische wie protestantische) Kirche zur Vinderung der sozialen Not im Laufe der Jahrhunderte wenig zur Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten oder gar nichts getan hat. Was aus diesem Gebiete bisher geistlich ist, geschah meist erst nach hartnäckigem Kampfe gegen die Kirche. Wenn das nur von Gegnern der Kirche behauptet würde, könnte man annehmen, es ist nur eine Gerabehung der Verdienste dieser Institution. Aber wenn hohe Kirchenfürsten selbst diese Meinung zum Ausdruck bringen, muß man schon glauben, daß diese Annahme auf Wahrheit beruht. So hat z. B. Erzengel der Herr Bischof v. Henle, Mitglied der bayerischen Reichsratskammer, bekanntlich erklärt, die katholische Kirche hätte niemals soziale, politische Lehren aufzulegen können, ihr Grundjak sei der des heiligen Paulus: Knecht soll Knecht bleiben!

Der Herr Bischof jubte allerdings nachher, als er sah, was er angerichtet hatte, sich zu drehen und zu wenden wie ein Fuchs im Fien, um die Bedeutung dieses ominösen Wortes umzudeuten. Aber vergebens! Ort der Aussprache, der Zusammenhang, sowie der Gegenstand der Diskussion schliehen jeden Zweifel aus. Nun kommt noch zum Ueberflusse der Professor Ludwig Verhaard in Berlin und entwirft zwei „Hirtendriefe“ der Vergeffenheit, durch die beiläufig wird, daß die Kirche und ihre Diener sich durchaus dessen bewußt sind, daß sie bisher auf sozialem Gebiete nichts getan und arg geübt haben. Der Prof. Verhaard schreibt, indem er auf den Bischof Henle Bezug nimmt:

„Ein anderer katholischer hoher Prälat, Sr. Erzengel der Herr Erzbischof Wilczewski von Lemberg, Mitglied des Herrenhauses des österreichischen Reichsrats, hat die Frage Katholizismus und Sozialismus — es mögen 5 Jahre her sein — in einem Hirtendrief behandelt. In diesem findet sich die folgende Stelle:

„Mit Unrecht wesse man den Sozialisten die Schuld an der sozialen Verwirrung zu... denn jeder, der seine fünf Sinne habe, müsse die Ungerechtigkeit der heutigen sozialen Zustände erkennen. Gerade die Sozialisten seien die ersten Ärzte dieses Uebels, und sie würden die Herrschaft erlangen, wenn man ihre Arbeit nicht durch einen christlichen Sozialismus überflüge. Es ist daher mein heißer Wunsch, daß die Geistlichen überall sorgen sollen, nicht nur für den Himmel, sondern auch für besseres Brot auf Erden; denn die alten Mittel, die Seelen zu entflammen, genügen nicht mehr, seitdem die Arbeiter bemerkt haben, daß man auf der Welt wohl leben kann ohne Messe und ohne Fasttage, nicht aber ohne Brot und Kleidung und Wohnung.“

Somit der sehr vernünftige Herr Erzbischof Wilczewski.

Aber nicht nur dieser, auch sein armenisch-unterter Lemberger Kollege, der ja auch der katholischen Kirche angehört, Sr. Erzengel Erzbischof Theodorowicz, Mitglied des Herrenhauses des österreichischen Reichsrats, hat genau dasselbe in einem Hirtendrief gesagt.

Man vergleiche mit diesen Urteilen zweier hervorragender Kirchenfürsten die faulididen Äußerungen, die etelchafien Verleumdungen und spitenastischen Nichtswürdigkeiten, welche die christlich-katholische Zentrumspartei und die sogenannte „christliche“ Gewerkschaftsprache über den Sozialismus und seine Anhänger täglich in die Welt setzen. Aber ist das ein Wunder?

Nein! Es ist vollkommen begreiflich, daß die sozialen Kurpfuscher, denn als solche stehen die Kirche und ihre Diener jetzt vor uns, darüber in Zorn und Eiferjucht geraten, daß sich jetzt endlich, nachdem die Kurpfuscher ihre Unfähigkeit, den kranken Gesellschaftsorganismus der Gefühlsung entgegenzuführen, so oftant bewiesen haben, gewissenhafte Ärzte gekommen sind, die das Uebel in seiner Wur-

zel erkannt haben und nun auch dessen Beseitigung erreichen werden. Zeit im Gedächtnis aber wollen wir uns die Worte halten: „Dah man auf der Welt wohl leben kann ohne Messe und ohne Fasttage, nicht aber ohne Brot, Kleidung und Wohnung!“ Das sagt zwar der Herr Erzbischof Wilczewski, dem diese Erkenntnis auch erst sehr spät kam, denn sie kam erst unter dem Eindruck des Wirkens der so viel reichmähten Sozialisten, aber wir stimmen ihm zu!

Was aber sagt hierzu Herr Bischof Henle? Was sagt die Kirchenpresse, was sagt vor allem die „christliche“ Gewerkschaftsprache hierzu? H. A. v. G.

### Der Gau Offenbach im Jahre 1910.

II.

In allen für die Industrie in Betracht kommenden Orten wurden durch die Gauleitung öfters umfangreiche Hausagitationen vielfach mit darauf folgenden Versammlungen veranstaltet und dadurch eine erhebliche Anzahl neuer Mitglieder dem Verbände zugeführt. Selbst da, wo schon jahrelang Verwaltungen unseres Verbandes bestanden, kommt man zumeist in der Agitation ohne die Hilfe der Gauleitung nicht aus. Das Wort: „Kein Prophet gilt in seinem Dorfe“ trifft hier meistens zu. Bei den früher schon geschichteten Verhältnissen in der Hausindustrie, oft verbunden mit persönlichen Unmühtigkeiten unter den Verursachungsgehörigen, haben die am Orte anwesenden Kollegen nicht den nötigen Einfluß auf die noch fernstehenden, weshalb besonders Hausagitation auch fast nur durch die tätige Mithilfe der Gauleitung erfolgreich vorgenommen werden kann.

Nach mehreren, früher erfolglosen Versuchen in Möppern i. T. konnte die Organisation nun endlich auch in den Zwischennmeisterbetrieben festen Fuß fassen, deren Arbeiter und Arbeiterinnen, aus Furcht vor Entlassung sich lange Zeit vom Verbände fernhielten. Die Zeit wird nicht mehr ferne sein, wo wir alle Kollegen und Kolleginnen dem Verbände zugeführt haben und die Selbstberücklichkeit der Zwischennmeister auch dort einen starken Stoß erleidet.

Am Juni 1910 gründeten wir eine neue Verwaltungsstelle in Klein-Mubeln. Die Portefeuller-industrie ist dort sehr im Aufschwung begriffen, denn abgesehen von der stets wachsenden Zahl der Verursachungsgehörigen, befindet sich auch seit einiger Zeit ein großer Zwischennmeisterbetrieb am Ort. Mittels Hausagitation und Versammlungen haben wir dort schöne Erfolge erzielt, trotz der Gegenagitation der „Christlichen“, welche uns nach ihrer bekannten Methode die gewonnenen Kollegen abjagen berückten. In dem obigen Betriebe wurden soziale Verhältnisse eingeführt. Die Verwaltungsstelle, welche mit 14 Kollegen ins Leben getreten ist, zählte am Schlusse des Berichtsjahres 25 Mitglieder. Auch anderwärts haben die „Christlichen“ versucht, uns die Mitglieder „auszuspannen“, allerdings zumeist ganz ohne Erfolg. Im Gegenteil, eine Anzahl Kollegen sind von „christlichen“ Verbänden zu uns übergetreten.

Im übrigen haben wir im Interesse der Zertifikation von der Gründung neuer Verwaltungsstellen Abstand genommen, ja wir haben im Gegenteil die seitberige Verwaltungsstelle Oberroden mit Zustimmung der Mitglieder der Verwaltungsstelle Offenbach angegliedert. In der zu diesem Zwecke in Oberroden stattgefundenen Versammlung war man nicht darüber im Zweifel, daß mit der Auflösung der Verwaltungsstelle auch die Lokalkasse vermindern müsse. Erentlicher Weise hat man diese aber nicht aufgeteilt, sondern einstimmig deren Überweisung an Offenbach beschlossen. Zwei größere Verschmelzungen waren außerdem im Berichtsjahre angebahnt, die für die zukünftige Gestaltung der Organisation im Industriegebiet von außerordentlicher Bedeutung hätten sein können, die Zusammenlegung der beiden, nach Offenbach größten Verwaltungsstellen Frankfurt und Einheim mit Offenbach zu einer einzigen großen Verwaltungsstelle. Diese Fusion hätte den übrigen, kleineren Orten zweifellos den Anschluß ebenfalls zur Pflicht gemacht. Leider haben sich die Verhandlungen darüber aus verschiedenen Ursachen wieder zerlagten. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit kam es in Frankfurt vorübergehend zu schweren inneren Konflikten, sowohl in der Verwaltung als auch im Kreise der gesamten Mitglieder. Vereinten Bemühungen gelang es jedoch, die Kräfte zu überwinden und größeren Schaden zu verhüten. Die zeitweise gestörte Ruhe und Ordnung ist dort wieder vollkommen hergestellt und der Stand der Verwaltungsstelle Frankfurt hat nicht Not gelitten. Im Gegenteil, Frankfurt hat eine bedeutende Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Der gesunde Sinn, die gewerkschaftliche Schulung und Disziplin unserer Frankfurter Kollegen haben es zu ernsthaften Zermühtnissen nicht kommen lassen und die gefährliche Klippe glücklich umschifft.

# Kollegen und Kolleginnen! Vergeht die Ausfüllung der Statistischen Karten nicht!

In der im Jahre 1909 aus den 6 alten Verwaltungsteilen des Vorder- und Anschlägergebietes neu gebildeten Verwaltungsteile Entheim sind die Kollegen der einzelnen Orte immer noch im Besitze der alten Lokalkassen, denen allerdings neue Einnahmen nicht mehr zustießen. Dieser Zustand kann als korrekt und zweckmäßig nicht bezeichnet werden und wurde darum im Laufe des Berichtsjahres wieder der Versuch gemacht, diese Arbeitsteile im Interesse der Zentralisation zusammenzulassen, ein Versuch, der leider an dem Partikularismus der dortigen Kollegen scheiterte. Man will an den einzelnen Orten freies Verfügungsrecht über die Fonds haben, obwohl die Voraussetzungen zu deren zweckmäßigen Bestand mit der Auflösung der früheren Verwaltungsteile längst gefallen sind. Vielleicht räumt die kommende Tarifbewegung, die auch diese Orte erfaßt, auch hiermit auf.

In den beiden, nicht zum Offenbacher Industriegebiet, jedoch zum Gau Offenbach gehörenden Verwaltungsteilen Mainz und Wiesbaden fanden ebenfalls Agitationsversammlungen statt. Große Erfolge können von dort leider nicht berichtet werden. Es sind an Mitgliederzahl keine Verwaltungsteile, denen infolge der eigenartigen Berufsverhältnisse in diesen Städten die Vorbedingungen größerer Entwicklung fehlen. Trotzdem dürfen diese Orte nicht vernachlässigt werden.

Ähnliche Ursachen sind es in Darmstadt, die den dringenden Wunsch der dortigen Kollegen nach einer eigenen, selbständigen Verwaltungsteile nicht in Erfüllung gehen lassen. Verschiedene, hier bei Kleinrentnern beschäftigte Sattlergehilfen stehen wohl der Organisation noch fern, es konnten aber trotz aller erdenklichen Bemühungen der organisierten Kollegen wie des Gauleiters bis jetzt nur wenige herangezogen werden. Unter den hartnäckigen Kollegen sind sogar einige, die in der vor Jahren einmal bestandenen Verwaltungsteile des alten Sattlerverbandes Vorstandsämter bekleidet haben. Ein früher in Darmstadt vorhandener kleiner Portefeullerbetrieb ist wieder eingegangen. Die Darmstädter organisierten Kollegen gehören vorläufig der Verwaltungsteile Offenbach an.

Zur wirksamen Vorbereitung der Tarifbewegung in der Portefeuller- und Reiseartikelindustrie fanden, abgesehen von den Agitationsversammlungen, im Sommer noch in sämtlichen Orten des Offenbacher Tarifgebietes Heimarbeiterversammlungen statt, deren Besuch leider manchmal zu wünschen übrig ließ. Zum Teil wenigstens besser besucht waren die nochmals im Herbst des Berichtsjahres durch uns veranstalteten Versammlungen, die sich mit den Vorbereitungen zur Tarifbewegung 1911 befaßten. In Offenbach selbst wurden dazu umfassende Vorbereitungen getroffen. Kein Unterbanden in der Portefeuller- und Reiseartikelindustrie mit regelmäßig monatlichen Branchensammlungen, sowie eine monatliche Lohnstatistik wurden geschaffen. Leider haben die Heimarbeiter in bezug auf die Beteiligung an der Lohnstatistik zum großen Teil versagt.

Eine Versammlung der Arbeiterinnen, sowie mehrere Vertrauensmännerversammlungen, die verhältnismäßig gut besucht waren, wurden ebenfalls anlässlich der bevorstehenden Tarifbewegung, mit Beteiligung der Gauleitung, in Offenbach abgehalten. Ueberhaupt ist durch den Umstand, daß der weitaus größte Teil der Kollegen und Kolleginnen der Portefeuller- und Reiseartikelindustrie angehört und somit dem Tarifvertragsverhältnis unterliegt, der Gauleiter in Gemeinschaft des Tarifobmannes, Kollegen Sturm, mit der Durchführung und Ueberwachung der tariflichen Bestimmungen am Zentralpunkt der Industrie, in Offenbach selbst, stark in Anspruch genommen. Bei der Laubbildung eines großen Teiles der Kollegen gegenüber dem Vertragsverhältnis müssen wir da fortgesetzt hinterher sein und können von im Erwerbsebenen stehenden Kollegen nur wenig Mithilfe erwarten. So nahm der Gauleiter auch in Offenbach selbst noch an 56 Fabrikversammlungen, wie auch einer Anzahl der durch Differenzen notwendigen Verhandlungen teil, ebenso an sämtlichen Sitzungen der Schlichtungskommission.

Mit der Schilderung der durch das Vertragsverhältnis für unsere Kollegen erzielten Vorteile wollen wir uns hier nicht befassen. So viel kann jedoch gesagt werden, daß wir, zum größten Teil durch gütliche Verhandlungen, allein an zu wenig

gezahltem Lohn, Vergütungen usw. ganz erhebliche Summen herausgeschlagen haben. Auch die vor der Schlichtungskommission gebrachten Streitfälle sind fast ausnahmslos zugunsten der Arbeiter entschieden, oder günstige Vergleiche abgeschlossen worden. Zu bedauern ist nur, daß uns höchstwahrscheinlich immer noch manche Tarifverträge nicht gemeldet werden und mancher Fabrikant, veranlaßt durch die Nachlässigkeit seiner Arbeiter, es mit den Tarifbestimmungen nicht allzu genau nimmt. Verschiedene unklare und in ihrer Fassung nicht ganz zweifelsfreie Bestimmungen im Vertrage für die Portefeuller- und Reiseartikelindustrie werden beim nächsten Vertragsabschlusse klar und richtig zu stellen sein. Auch wird Vorjorge getroffen werden müssen, daß die Termine der Schlichtungskommission nicht mehr, wie das mehrmals geschah, auf längere Zeit verschleppt werden.

Die Ergebnisse der Agitation lassen sich mit einigen Zahlen kurz skizzieren. Am 31. Dezember 1909 betrug die Mitgliederzahl im Gau insgesamt 3370. Diese Zahl ist, abgesehen von den Schwankungen durch Zu- und Abreise, abhaltend durch das ganze Jahr geblieben. 14 Verwaltungsteile zeigen am Schlusse des Jahres 1910 zusammen eine Zunahme gegen das Vorjahr um 459 Mitglieder, denen 4 Verwaltungsteile mit einer Abnahme von zusammen 9 Mitgliedern gegenüberstehen. Mitbin verbleibt eine absolute Zunahme im Laufe des Berichtsjahres von 450 Mitgliedern oder nahezu 13 1/2 Proz. der gesamten Mitgliederzahl. Die Mitgliederzahl am Schlusse des Berichtsjahres beträgt demnach im Gau Offenbach 3820, wozu noch 218 junge Kollegen als Mitglieder der Lehrlingsabteilung kommen. Damit hat die Zahl der in unserem Verbandsorganisierten Berufsangehörigen im Gau das vierte Tausend überschritten.

Allerdings soll damit nicht gesagt werden, daß wir nun die Hände in den Schoß legen und auf unseren „Lorbeer“ ausruhen dürften. Im Gegenteil müssen gerade jetzt noch alle Kräfte angespannt werden, um die unserem Verbandsorganisierten Kollegen und Kolleginnen zu gewinnen und das ist immer noch eine erhebliche Anzahl. Besonders ist das Organisationsverhältnis der in der Industrie beschäftigten Frauen und Mädchen noch ein sehr mangelhaftes. Diese drücken sich nach Möglichkeit von der Organisation, trotz der enormen Vorteile, die gerade den weiblichen Mitgliedern geboten werden. Die Vertrauensleute, wie überhaupt alle Kollegen und besonders die bereits organisierten Arbeiterinnen sollten sich die Agitation unter den Arbeiterinnen besonders angelegen sein lassen. Wir dürfen nicht ruhen und rasten, bis wir den letzten Arbeiter, wie auch die letzte Arbeiterin dem Industriesentiment entrisen und unserer Organisation zugeführt haben. Bis dahin ist aber trotz der erregenen Erfolge immer noch ein gutes Stück Arbeit zu leisten.

(Schlus folgt.)

## Der Arbeitsmarkt im Dezember 1910.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkte hielt sich, nach dem „Reichsarbeitsblatt“, im ersten Teile des Monats auf der Höhe des Vormonats. Nach dem Weihnachtsfeste trat naturgemäß ein Rückgang der Zahl der Beschäftigten ein. Im Baugewerbe ließ die Beschäftigung weiter nach. Auf dem Ruhrkohlenmarkte hielt hingegen die Besserung an. Im Saarrevier war die Förderung eine größere als im Vormonat. Im oberstelektischen Kohlenrevier war die Beschäftigung nur eine schwache, im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet war die Beschäftigung normal.

Die Metall- und Maschinenindustrie war befriedigend beschäftigt. Die Beschäftigung in der Automobilindustrie war eine gute, in der Fahrrad- und Motorfahrzeugfabrikation gleichfalls zufriedenstellend. Im Eisenbahnwaggonbau war die Geschäftslage nach wie vor eine ungenügende.

Die Lederindustrie hatte, soweit Lederwaren und Reiseartikel in Frage kommen, wie im Vormonat und überhaupt im ganzen Vorjahre gut zu tun. Glaceleder lag infolge verlangsamter Ausfuhr etwas schlechter als im Vorjahre.

In der Textilindustrie waren die Baumwollspinnereien noch ungenügend, die Tuchfabrikation

auch nur in einigen Gegenden befriedigend beschäftigt. Befriedigend war das Bekleidungsgerwerbe, die elektrische und chemische Industrie sogar gut beschäftigt. Nach den Berichten der Krankenkassen ergab sich am 1. Januar 1911 gegenüber dem 1. Dezember 1910 eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der Kranken von 159 650 — 121 623 männliche, — 38 027 weibliche. Gegenüber dem 1. Januar 1910 zeigt sich eine Steigerung der Mitglieder, und zwar der männlichen um 4 Proz. und der weiblichen um 5 Proz. Die Arbeitsnachweisziffern zeigen gleichfalls eine Besserung der Wirtschaftslage gegenüber dem Vorjahre, aber eine Verschlechterung gegenüber dem Vormonate an. Auf je 100 offene Stellen kamen im Dezember 1910 bei den männlichen Personen 218, bei den weiblichen Personen 194 Arbeitsgesuche gegen 194 bezw. 119 im November und 239 bezw. 107 im Dezember 1909.

Der Berliner Arbeitsmarkt klang gegen den Vormonat ab, zeigte aber gegen das Vorjahr eine geringe Besserung. Das gleiche gilt für Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg. Aus dem Rheinlande, Hessen und Hessen-Nassau liegen einigermaßen günstige Berichte vor. Singsegen zeigen Paderborn, Württemberg und Baden weiteren Rückgang.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betragen im Dezember 147 716 875 Mark, das sind 12 330 935 Mk. oder 7,87 Proz. mehr als im gleichen Monate des Vorjahres.

## Streiks und Lohnbewegungen.

**Braunschweig.** In unserer am 14. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung, die sich mit der bevorstehenden allgemeinen Lohnbewegung befaßte, gab zunächst der Schriftführer über den Verlauf der in letzter Zeit stattgefundenen Betriebskündigungen einen ausführlichen Bericht. Es wurde festgestellt, daß es mit den Verhältnissen der hiesigen Sattler teilweise noch sehr schlecht bestellt ist. Gibt es doch hier noch 30jährige Kollegen mit einem Wochenlohn von 15 Mk., während es nur zwei Werkstellen am Orte gibt, in denen die Kollegen wenigstens einigermaßen zufrieden sein können. Der Durchschnittslohn in Braunschweig beträgt 22,80 Mk. bei 10stündiger Arbeitszeit. In allen Sitzungen erklärten die Kollegen unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr arbeiten zu können. Daraufhin hat die Kommission der heutigen Versammlung folgende Forderungen vorgelegt:

1. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, an den Vorabenden der Feiertage 8 Stunden.
2. Der Wochenlohn beträgt 21 Mk.
3. Die Wochenlohnsteuer wird um 10 Proz. zu erhöhen.
4. Die Akkordpreise sind so festzulegen, daß der vereinbarte Stundenlohn garantiert ist. Jede Werkstatt regelt die Preise mit Rücksicht auf die Gehilfen selber.
5. Ein Verzeichnis der Akkordpreise ist an sichtbarer Stelle in Betriebe auszuhängen.
6. Für Ueberstunden ist ein Zuschlag von 25 Proz. für Sonntags- und Nachtarbeit ein solcher von 50 Proz. zu zahlen. Ueberstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden.
7. Das Warten auf Zuschnitt ist dem Stundenlohn entsprechend zu vergüten.
8. Der Zuschchnitt ist vollständig auszugeben.
9. Heimarbeiter dürfen nicht beschäftigt werden.
10. Die Zugehörigkeit zur Organisation darf kein Grund zur Entlassung sein.
11. Bei Einstellung von Arbeitskräften ist nach Möglichkeit der Arbeitsnachweis des Verbandes zu benutzen.

Die Arbeitsträume sowie die Aborte sind regelmäßig gründlich zu reinigen; auch ist für ausreichende Waschgelegenheit, Seife, Sandtuch usw. zu sorgen.

Diesen Forderungen wurde eine ausführliche Begründung beigegeben.

Die Diskussion über die einzelnen Punkte war sehr reger und wurden diese sämtlich in der bestehenden Form einstimmig angenommen. Es scheint, als ob es den hiesigen Kollegen jetzt wirklich Ernst ist, auch endlich einmal in Braunschweig bessere Verhältnisse herbeizuführen. Ein Antrag, Ferien einzuführen, wurde abgelehnt. Ein anderer Antrag dagegen angenommen, welcher besagt, daß in keiner Werkstatt die

# Eine umfassende und zuverlässige Lohnstatistik ist das einzige beweiskräftige Argument, mit dem unsere Lohnforderungen begründet werden können.

Kollegen berechtigt sind, über die eingereichten Forderungen mit dem Unternehmer allein zu verhandeln; es sind vielmehr die Unternehmer an die Lohnkommission zu verweisen. Es ist uns gelungen, außer dem alten Mitgliederbestande noch circa 25 neue Mitglieder zu gewinnen. So war z. B. unsere heutige Versammlung von ungefähr 70 Kollegen besucht und wir können frohen Mutes in die Zukunft sehen! Der Sieg kann und wird bei einem festen Zusammenhalten nicht ausbleiben.

**Sameln.** Der Streit auf den Norddeutschen Automobilwerken in Sameln ist nach einer Dauer von 10 Wochen für beendet erklärt worden. Ueber die Ursache und den Verlauf des Streits ist ja schon an dieser Stelle berichtet worden. Anlaß zum Streit gaben die fortgesetzten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Die Arbeiter konnten sich das nicht länger gefallen lassen und unterbreiteten zur Abwehr der Firma folgende Forderungen:

1. Festsetzung eines Grundlohnes von 40 Pf.
2. Erhöhung der bestehenden Stundenlöhne um 3 Pf.
3. Erhöhung der Affordabläse, so daß bei guter Leistung 30 Proz. Mehrverdienst erlangt werden kann.
3. Lohngarantie bei Affordarbeit.

Die Antwort, welche die Firma hierauf gab, lautete, daß sie die Forderung als unannehmbar und unbedenklich zurückweisen müsse, und daß sie dem Streik mit der größten Ruhe entgegenstehe. Um die „Ruhe“, welche die Firma die 10 Wochen gehabt hat, ist sie wahrlich nicht zu beneiden gewesen. Es ist nichts unverfugt gelassen worden, um einzelne Streikende abtrünnig zu machen. Dann kam die Peranziehung der von dem Agenten Knuth aus Hamburg gesammelten Arbeitswilligen und der Antigewerkschaftlichen Vereinigung unter ihrem Häuptling Kasmarek aus Berlin. Aber nichts als Mißerfolge hatte die Firma zu verzeichnen; bekannt ist ja, daß die Streikbrecherkolonne nach kurzer Zeit „gegenreicher Tätigkeit“ ebenfalls die Arbeit verweigerte.

Durch verlodende Zeitungsinserte, welche die Firma nun in allen Gegenden unseres deutschen Vaterlandes losließ, hatten wir natürlich unter sehr großem Zug um zu leiden. Wir waren auf dem Boiten, dennoch konnten wir es nicht verhindern, daß der Betrieb sich nach und nach immer mehr mit solchen „nützlichen Elementen“ anfüllte, so daß mit der Zeit mehr Leute wie früher unter normalen Verhältnissen beschäftigt waren. In der Sattlerei haben bei Beginn des Streiks 11 Kollegen gearbeitet, jetzt sind 20 Sattler beschäftigt. Es ist wohl nun erklärlich, daß dieser Umstand auf den Gang der Einigungsverhandlungen einwirken mußte. Der Bezirksleiter Voh aus Halle a. S. vom Deutschen Metallarbeiterverband führte die Verhandlungen und hatte man sich bereits am 13. Januar d. J. schon so weit geeinigt, daß die Firma erklärte, die aufgestellten Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Es wurden aber eine ganze Anzahl Streitender von der Firma bezeugnet, welche sie nicht wieder einstellen wollte, da diese, nach Ansicht der Firma, mit der Polizei in Konflikt geraten seien, wovon aber nur wenigen der „Auserwählten“ etwas bekannt war. Hiermit konnten sich die Streikenden aber nicht so leicht einverstanden erklären und zogen sich die Verhandlungen, welche dann schriftlich geführt wurden, immer mehr und mehr in die Länge. Die Situation wurde aber dadurch für die Streikenden nicht besser, da die Firma Zeit gewann, noch mehr Leute heranzuziehen. Als ganz besonders erschwerender Punkt kam nun auch noch hinzu, daß der Motor für den Wagen „Modell 1911“ nicht funktionierte, daß sich Konstruktionsfehler herausstellten und die Firma gegungen war, ganze Teile des Motors wegzurufen resp. einschmelzen zu lassen, so daß mit einem Male eine Betriebsstörung eintrat.

Inzwischen war nun ein Teil der von der Firma beanstandeten Personen abgereist, der andere Teil verzichtete auf WiederEinstellung. Es lag somit nichts mehr im Wege, den Streik aufzuheben, da die Forderungen der Arbeiter bewilligt waren. Da eine gruppenweise Einstellung vorgesehen war, so trat am Freitag, den 3. Februar, die erste Gruppe wieder in Arbeit. Die noch Außenstehenden sollten nach Bedarf nach und nach eingestellt werden. In Betracht kamen 30 Metallarbeiter, 5 Sattler, 3 Holzarbeiter. Von unsern Kollegen war

nach keiner eingestellt worden mit der Begründung, daß diese vollständig erkrankt seien. Eine Weiterführung des Streiks seitens der Sattler wäre ausichtslos gewesen, folglich mußten wir in den sauren Apfel beißen. Aber schon 4 Tage danach ludte die Firma im Deutschen Arbeitsmarkt tüchtige Wagenmacher. Selbstverständlich erinnerten wir sofort die Firma an die vereinbarten Abmachungen, wonach ihr Bedarf an Arbeitskräften von den noch am Ort befindlichen decken wolle. Für uns beitecht keine Veranlassung, die Sattler wieder einzustellen, lautete die Antwort, welche wir von der Firma erhielten. Aber — man stelle nun doch zwei unserer Kollegen ein. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Firma nunmehr nach den schlechten Erfahrungen, die sie mit den „Arbeitswilligen“ gemacht hat, wieder mehr und mehr vernünftigeren Vorstellungen wird zugänglich sein. Wir heben deshalb die Sperre über den Betrieb auf, erwarten aber von unserer Kollegen, daß sie, wie überall vor der Ausnahme von Arbeit an anderen Orten, so auch hier die Bestimmungen des Statuts sowie die Bekanntmachungen an der Spitze unserer Zeitung aufs strengste beachten werden.

**Zur Lohnbewegung in der amerikanischen Lederwarenindustrie** wird aus Chicago gemeldet, daß die amerikanischen Portefeuller, die, wie wir bereits berichteten, sich jetzt organisiert haben, höhere Löhne und Anerkennung ihrer Organisation erlangen wollen. Es handelt sich um circa 5000—6000 Arbeiter, die auf Handtaschen, Brieftaschen, Trenchs und ähnliche Artikel beschäftigt sind. Es sind im letzten Jahre in Amerika Lederwarenfabriken wie Pilze aus der Erde gewachsen. Wie unsere Kollegen aber berichten, herrscht in bezug auf die Vergütung der Arbeit die reinste Anarchie. Diefem Zustande soll durch ein allgemeines Vorgehen nunmehr ein Ende gemacht werden. Es ist wohl überflüssig, noch besonders zu betonen, daß die Amerikaner der Sympathie und Unterstützung der deutschen Kollegen sicher sind.

## Aus unserem Beruf.

**Freiberg i. S.** Am 18. Februar verstarb im Alter von 27 Jahren unser früherer Bevollmächtigter, der Portefeuller **Arthur Wagner**, an der Lungen-schwindsucht. Vom Tage der Haftstellersgründung Freiberg i. S. an bis zu dem Tage, an dem ihn sein Leiden aufs Krankenlager warf, hat er stets mit Aufopferung und Treue im Interesse der Gesamtkollegenchaft seine volle Pflicht getan.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

### Die Ortsverwaltung.

Die Firma **Julius Arnade, Lederwarenfabrik in Wobau**, kann organisierte Arbeiter nicht mehr leiden, so schreibt man uns aus Görlitz. Ein Teil der dort Beschäftigten befindet sich unter einer wahren Hypnose und erzierenden Bewunderung vor dem kommerziellrätlichen Willen. Der andere Teil, welcher wirklich denkt und fühlt, muß sich aus gewissen Ursachen vorläufig die geistige Vergewaltigung gefallen lassen. Der vorjährige Streik muß den Herzen ziemlich auf die Nerven gefallen sein, denn daraus erklärt sich nur der Haß gegen alles, was gewerkschaftlich heißt, oder in dem Geruche steht, eine eigene Meinung zu besitzen. Es gehört wirklich eine gewisse Dickfelligkeit, Gleichgültigkeit und Charakter-schwäche dazu, um beispielsweise dort in der Fabrik unter dem Abteilungsmeister J. Lippert zu arbeiten. Dieser Herr, geborener Ausländer (Tscheche), ist feinerzeit nicht ausgewiesen worden. Damals mußten nur arme ausgewergelte Familiendäter fort, deren Verbrechen darin bestand, ihrer Berufsorganisation anzugehören, und die sich in den 8—10 Jahren ihrer dortigen Tätigkeit so viel zurückgelegt hatten, daß sie knapp den Lebensunterhalt bis hinter die Tore von Görlitz besreiten konnten. Herr Lippert aber hat den Befähigungsnachweis erbracht, daß er imstande ist, nach viele Jahre preußische Staatsangehörige und Steuerzahler kraft seiner Stellung zu schikanieren und aufrecht zu Sattlergehilfen so die Stellung zu verleben, daß sie gern wieder ihres Weges ziehen. Die in letzter Zeit angebrachten Beschwerden mochten wohl einen gelinden Beweis von seiten des Herrn Kommerzienrats zur Folge gehabt haben. Dagegen ist es aber Herrn Lippert gelungen,

die Verbandszugehörigkeit von zwei Leuten seiner Abteilung zu erfahren. Wie wäre es denn mit dem Verfahren: „Alle Mann Hände hoch!“ das hat sich doch vor vier Jahren als ein gutes Mittel erprobt! Da es zufällig Sonnabends war, erfolgte prompt die Kündigung. Herr A. sen. meinte ganz entrüstet zu dem einen Gehilfen: „Sie haben doch vom Militär aus geschrieben, daß Sie nicht im Verband sind; da können wir Sie nicht länger dulden; sobald die Arbeit fertig ist, können Sie gehen.“ Zu dem anderen sagte Herr A.: „Sie sind doch der Bruder von dem Stadtverordneten Saling?“ Der Kollege bejahte es. Hier war es nun erst recht selbstverständlich, daß die Kündigung erfolgte. „Sie wissen doch, daß niemand bei mir im Verbandsverband sein darf! Sie haben 14tägige Kündigung, aber ich kann Sie gleich entlassen. Wenn Sie die Arbeit fertig haben, bejahle ich dieselbe und gebe Ihnen 10 Mk. zu.“ Mittlerweile ist Herr A. eines besseren belehrt worden, mit einem Metallat, mit dem sich unser Kollege zufrieden gab. Eine ganz überflüssige Rede-wendung erlaubte sich noch Herr A. sen.: „Aber Sie (Saling) machen mir doch die letzten Tage kein Kra-wall da oben, wir wollen im Guten auseinandergehen.“ Wenn die Firma lauter solche anständigen Leute bestähe, wie den Kollegen Saling, der trotz des provozierenden Auftretens des Vorarbeiters Lippert seine Ruhe bewahrt, so könnte sie stolz sein. Wir hätten dann noch hinzuzufügen: Die organisierte Arbeiterchaft hat sich ihre heutige Machtstellung, ihre geistigen Fähigkeiten und ihre wirtschaftlichen Erzeugnisse nicht durch Gummistümpel und Browningspistolen erkämpft, die man heut von seinen „ordnungsliebender“ Parteien, Streikbrechern, Arbeiterberatern und anderen Leuten in die Hände drückt. Die Kra-wall-macher mag die Firma behalten. Denn wenn wir von dieser Sorte wären, dann hätte A. beispielsweise im vorigen Jahre ein Kruppelheim errichten müssen. Bezüglich ist es ferner, daß sich dieser Tage ein ehemaliger Arbeitswilliger im Gaubureau einfand, unter Zeugen seinen Streikbruch bedauerte und bat, in den Verband aufgenommen zu werden, weil er ins Reich reifen wollte! Selbiger arbeitete noch bis Sonnabend, den 4. Februar, unter der Regie des Herrn Lippert. Man entlich ihn ungenen, mußte sich aber sagen lassen, so lange wie der Herr L. dort sein wird, ist an ein Wiederkommen nicht zu denken. Kommentar überflüssig! — Wir ersuchen alle menschlich denkenden Kollegen von Görlitz, bei Arbeitsangeboten der Firma sich vorher an untenstehende Adresse zu wenden. Solange die Bekämpfung des Koalitionsrechts besteht, so lange wird auch keine Hilfe eintreten, das mügen sich die Herren gesagt sein lassen. Unsere Klärung und unsere Taktik werden wir verfolgen, trotz Spittelwirtschaft und anderer schönen Sachen. Dunderie von Kommerzienräten werden noch im Orkus verschwinden, aber die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Lauf hält weder Dachs noch Esel auf. Unser die Zukunft trotz alledem!

Die Gauleitung des Verbandes der Sattler und Portefeuller.

Görlitz, Kröfstr. 24.

Anmerkung der Redaktion: Daß die Firma Arnade in höchstem Maße herrschsüchtig und autokratisch ist, war uns ja bekannt. Daß aber die Inhaber der Firma so wenig intelligent sind, aus der Vergangenheit keine Lehren ziehen zu können, wird uns erst durch die jetzigen Maßnahmen der Firma mehr und mehr klar. Aber was hilft es? „Des einen Tod ist des anderen Brot.“ Heißt es bei A.: „Unser Wissen und Verstand ist mit Finsternis umhüllt.“ so geht die schlechte Konkurrenz der Firma A. den allein richtigen Weg und sucht sich mit uns zu verständigen. Und unsere schlechten Kollegen sind ja so leicht zufriedenzustellen! So überaus leicht!

## Korrespondenzen.

**Offenbach.** (C. 16. 2.) Einen verhältnismäßig guten Besuch hatte die am 18. Februar stattgefundene Jahresversammlung aufzuweisen. Die Tagesordnung war folgende: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Wahlen, 3. Verbandsangelegenheiten. Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende, Kollege Wurm: Ein außerordentlich guter Geschäftsgang zeichnete das Jahr 1910 aus und ein gewisser Arbeitermangel

maße sich besonders in der Vertiefung des Berufsstandes bemerkbar. Arbeitslose waren kaum zu verzeichnen. Von den 1280 Arbeitstagen, die sich auf 18 Millionen belaufen, entfiel noch ein guter Teil auf die Militärrückkehr. Die Wirkung der Konjunktur kommt denn auch in der Vertragsleistung im Marktwertverlauf heraus pro Mitglied 18,1. Ist also die Vertragsleistung eine gute, so muß demnach über die Interessenlagen ihrer Kollegen, sowie die schlechte Vermögenssituation während des vergangenen Jahres um so mehr ins Auge fallen. Etwas mehr Arbeiten der Kollegen wäre im neuen Jahre dringend notwendig. Besser befacht waren die Branchenversammlungen und besonders die Arbeiterversammlungen, deren im Laufe des Berichtsjahres 67 stattfanden. Bei letzteren ist der bessere Befund wohl darauf zurückzuführen, daß sie zumeist direkt nach Arbeitslosigkeit stattfanden. Die Solidarität der Kollegen hat sich bei den Versammlungen für die ausgesperrten Bauarbeiter um, in einzelnen Beziehungen pläglich befehlt, in anderen aber versagt. — Drei Branchenversammlungen, von denen die zweite einen verhältnismäßig guten Verlauf nahm, wurden ebenfalls abgehalten. Die Vertrauensleute, denen die Einladung der Kreise durch Daudgottel oblag, hätten in manchen Verhältnissen besser ihre Schuldscheine tun dürfen. — Die Krisenverwaltung erledigte die Geschäfte der Verwaltungstelle in 27 Sitzungen; das Zusammenarbeiten war ein durchaus harmonisches. Der Mitgliedernand wies um 204 im Laufe des Jahres auf 1650, auch eine Anzahl Hebertritte vom christlichen Verband können wir verzeichnen. Lehrlinge sind in Eisenbad 87 organisiert. — Die Beteiligung an der Meißner sich zu wünschen übrig, obwohl der 1. Mai auf einen Sonntag fiel. — Hedner tritt noch kurz die im Frühjahr 1910 stattgehabte Lohnbewegung der Militärrückkehrer bei Mann u. Co. und schließlich mit dem Wunsche, daß in diesem Jahre die Kollegen allesamt ihrer vollen Schuldigkeit tun mögen, dann können wir der kommenden Tarifbewegung in der Portefeulter- und Reiseartikelindustrie mit Ruhe entgegensehen und hoffentlich im nächsten Jahre wieder von guten Erfolgen berichten.

Aus dem sich anschließenden Massenbericht des Kollegen Krüger geht hervor, daß die Jahreserlöse mit 37.212,30 Mk. polanzisiert. An Unterhaltungen wurde die Summe von 10.298,87 Mark ausbezahlt. Neuaufnahmen wurden insgesamt 20 gemacht, die abgeben von den von Eintrittsgeld Befreiten 122,50 Mk. für Eintrittsgelder ergaben.

Eine rege Diskussion entspann sich über den Geschäftsbericht. Eine Anregung, die Stadt in Bezug auf einzelne und Bezirksmitgliederversammlungen abzuhalten, findet keine Gegenliebe, da andere Verbände damit keine guten Erfahrungen gemacht haben. Auf die Wichtigkeit der Branchenversammlungen, wie auf das forrekte Ausführen der natürlichen Lohnarbeit wird von mehreren Rednern aufmerksam gemacht. Bezüglich der Meißnerfrage wird die Unmöglichkeit der Kollegen in dieser Frage betont und eine bestimmte Erklärung der Organisation resp. der in Betracht kommenden Körperschaften hierzu gewünscht. Unter anderem wird noch die bessere Ausnutzung der Gewerkschaftsbibliothek dringend empfohlen.

In die Krisenverwaltung werden die künftigen Kollegen wiedergewählt, ebenso die bisherigen Revisoren bis auf den Kollegen Leberenz, an dessen Stelle in geheimer Wahlmännung Kollege Engel gewählt wurde.

Ins Gewerkschaftsamt delegiert werden die Kollegen Baum, Krüger, Marquardt, Walter, Scheffel und Pfeiffer, Sozialbeauftragter wird Kollege Bach.

Eine Versammlung der ausstehenden Lehrlinge und deren Eltern soll zwecks Aufklärung dieser über die Lehrlingsbestimmungen des Tarifvertrages gegen Eltern stattfinden. — Gewünscht wird noch, daß in einer der nächsten Versammlungen der Sozialbeauftragter einen kurzen Bericht geben möge. — Zur Bildung eines Unterstützungsfonds für die anlässlich der Meißner Aussperrungen, haben die Kollegen nach Beschluß einer in dieser Angelegenheit stattgefundenen Konferenz pro Quartal eine Extramarke a 5 Pf. zu heben, die bei dem Erheben zu haben sind und wird erbracht, dem prompt nachzukommen.

**Essen.** (E. 16. 2.) Eine am 13. Februar in Vichofheim stattgehabte Mitgliederversammlung beschloß sich mit dem Beschluß der Bezirkskonferenz. Kollege Schulz-Eschum mied in seinem Bericht darauf hin, wie sehr unsere Schlagfertigkeit durch die unglückliche Konstellation im Industrieamt Eisenbad gebremst sei, und wie notwendig deshalb eine Konzentration der Kräfte und des vorhandenen Kapitals für uns alle sei. Eine Zusammenlegung des vorhandenen Widerstandsfonds und der Bezirksunterstützungskasse zu einer einheitlichen Bezirkskasse sei gerade in diesem Augenblick um so mehr geboten, als wir vor der Tarifbewegung stehen, welche uns unter Umständen in schwere

Mühsale führen könnte. Da geht es vorläufig zu trennen und alle verlässbaren Gelder flüssig zu machen. Hierzu kommt noch, daß die Bezirksunterstützungskasse selber ihren Mitgliedern für den geringen Betrag von 5 Pf. pro Woche recht erhebliche Vorteile geboten hat in Form eines Zuschusses im Falle der Arbeitslosigkeit. Es wurde da erwidert, daß nach eingehender Vertragsleistung für die ersten drei Tage je 1 Mk. für die folgenden Tage 50 Pf. bis zur Gesamtsumme von 24 Mk. Man ist also in der Lage, für eine Jahresbeitragsleistung von 240 Mk. evtl. 24 Mk. erhalten zu können. Die Hauptfrage indessen sei, daß wenigstens die Beitragsfrage einheitlich geregelt sei und alle Kollegen im Bezirk auch die gleichen Rechte haben. Nach kurzer Debatte, an der sich die Kollegen Zeig und Arag beteiligten, wird einstimmig beschlossen, in Vichofheim den 15. Pf. Beitrag obligatorisch einzuführen. Sofern wir, daß dieser einmündige Beschluß auch von den Kollegen, die die Versammlung wieder mal schmähen, respektiert wird. Vorher referierte Kollege Schulz über die Frage: „Was erwarten wir von der bevorstehenden Tarifbewegung?“ Auch dieses Referat, dem die Kollegen recht aufmerksam folgten, wurde beifällig aufgenommen.

Von dritter Seite kommen unserer Krisenverwaltung gegenwärtig wieder allerlei Klagen über Abzüge, welche bei den einzelnen Zwischenweilern vorkommen sollen. Die Krisenverwaltung kann auf diese Klagen aber nicht eingehen, wenn die betreffenden Kollegen nicht selbst ihre Wünsche äußern. Es geht nun einmal bei dem besten Willen nicht, daß man ohne Meldung jeden Missetat aufdecken kann. Dazu gehört eine ganz außerordentlich gut entwickelte Spürnas. Es bemerkt sich eben auch hier wieder, daß die Kollegen ruhig waren, bis der Verband Abhilfe schafft. Sie sehen und spüren die Nachteile, führen aber keine Hand, um eine Besserung zu erzielen. Kollegen! Unter solchen Umständen kann eine Organisation ihrer Aufgabe nicht zu erfüllen, wie es das Interesse ihrer Mitglieder erfordert, und unter allen Umständen müssen wir verlangen, daß unsere Mitglieder Mithemmit genug besäßen, um wenigstens die Funktionen zu informieren. Deshalb, Kollegen, kümmert euch mehr um eure Organisation. Wie wir schon konnten wir bei der Agitation merken, daß diese in der Werkstatt durchaus nicht aufgeführt wird. Was nützen alle Hausagitationen, wenn vornehmlich unsere Kolleginnen erklären können: „Ach, in unserer Werkstatt wird nicht danach gefragt, ob ich organisiert bin oder nicht.“ Hier können und müssen unsere Kollegen helfend eingreifen. Wir haben ein Recht zu verlangen, daß die Unorganisierten auch endlich Pflichten auf sich nehmen, da sie ja unsere Organisationskräfte in Anspruch nehmen! Einigkeit und Geschlossenheit sind aber im Interesse eines günstigen Tarifabschlusses heute mehr denn je erforderlich.

H. Sch.

**Breslau.** (E. 13. 2.) Jahresbericht. Da es feinerzeit der Schriftführer versäumt hatte, rechtzeitig einen Bericht über die letzte Generalversammlung zu bringen und die Vorkommnisse des vergangenen Jahres zu schildern, so sei es an dieser Stelle nachgeholt. Im Frühjahr 1910 war es hauptsächlich die Tarifbewegung der Dreidreier, die das Anspannen aller Kräfte notwendig machte. Geplant war ein gemeinsames Vorgehen der Kollegen der in Betracht kommenden Firmen Weide, König, Parfeld und Köcher u. Adel behufs Einreichung eines Einheitsantrages für Breslau. In Branchenversammlungen, Werksitzungen usw., wo auch Kollege Vortisch-Gödelig mehrmals anwesend war, wurde dem zugehört. Doch blieb es der Mehrheit der königlichen Kollegen vorbehalten, „rechtzeitig“ unzufallen und ihre Wirkungen zu versagen, so daß die Forderungen nur verhältnismäßig eingereicht werden konnten. Durch diese Zerstückelung gelang es nur den Kollegen der Firma Weide, eine Erhöhung der Löhne um 1-2 Mk. pro Woche zu erzielen.

Weiterhin sei erwähnt, daß die Firma Steinweg den Berliner Tarif der Militäreisenarbeiter anerkannte und die 3 Proz. Entschädigung für Aeden und Wachs für alle im Bereich an zuertigenden Artikel bewilligt hat!

Ferner war es möglich, in einem kleineren Vorkriegsbetriebe die „althergebrachte“ 60stündige Arbeitszeit nun endlich auf 60 Stunden bei gleicher Lohnhöhe zu verkurzen. Dann sei noch eines Betriebes gedacht, der schon mehrmals großes „Interesse“ der hiesigen Kollegen erweckt hat, gemeint ist die Kofferfabrik von Kohn, G. m. b. H. Fabrigiert wird dort die billige Sorte sogenannter Kofferhoffer, ferner auch Koffer, billige Schuttsachen usw. Die Löhne bewegen sich in der „Höhe“ von 10-18 Mk. Diese Werkstelle ist ein reiner Taubenschlag. Die Urkunden sind jedenfalls die guten Einkommensverhältnisse. Mitte Dezember wurde unser dortiger Vertrauensmann genahregelt,

bei gegebener Zeit werden wir noch darauf zurückkommen.

Der Versammlungsbesuch war im allgemeinen nicht befriedigend. Im Berichtsjahre fanden 13 Mitgliederversammlungen und zwei öffentliche Versammlungen statt, davon 6 mit Vorträgen, ferner 10 Branchenversammlungen, 16 Vorstandssitzungen, 33 Betriebsbesprechungen usw. Dem Massenbericht ist zu entnehmen, daß im Jahre 1910 an Meißnerunterstützung 36 Mk., Kranenunterstützung 124,75 Mk., Arbeitslosenunterstützung 406,50 Mk., Karoll 30 Mk., Wagneregelungsunterstützung 131,40 Mk., Umzugsunterstützung 80 Mk. und Verdigungsbeiträge 105 Mk. gezahlt wurden. Die Vorkasse leistete die Zuzahlung zur Arbeitslosenunterstützung 65 Mk., ferner aber noch 8 Mk. an Vorkassenunterstützung. Der Mitgliederbeitrag betrug am Anfang des Jahres 175, am Schlusse 180. Doch sei es uns fern, dies als einen Fortschritt zu bezeichnen. Schon seit Jahren weicht der Bestand dieser Höhe ab. Nur ein sehr kleiner Teil der Kollegen sind Mitarbeiter, der andere Teil findet es angenehmer, sich an nichts zu beteiligen. Wie das bei den hiesigen verzweigten Verbänden das Fortwärtkommen erschwert, werden Eingeweihte wissen. Notwendig wäre es allerdings, daß der Vorkasse hier des öfteren anwesend wäre, zum mindesten aber allmonatlich einmal. Noch notwendiger aber ist es, daß alle Mitglieder sich in reger Weise am Verbandleben beteiligen. Nur dann wird unsere Kasse vorwärts schreiten.

**Mannheim.** (E. 13. 2.) Unsere diesjährige Generalversammlung war ausnahmsweise sehr gut besucht. Im „Geschäftlichen“ wurde von Vortragsenden bekanntgegeben, daß der Vorstand den übrigen Kollegen in Gemeln 10 Mk. aus der Vorkasse überwiehen hat. Madonn gab der Kassiererin den Massenbericht vom 4. Quartal. Dem Geschäftsbericht gab Kollege Vohland. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres von 28 auf 60 gestiegen ist. Das Vermögen der Vorkasse von 32,50 Mk. auf 207,91 Mk. Das Merkmal der nun erfolgenden Vorstandswahl war, daß die alte Verwaltung wiedergewählt wurde. Anschließend hieran wurde noch eine Agitationskommission gewählt, welche in diesem Jahre die Agitation am Orte betreiben soll. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde dann noch besprochen, wie wir die Agitation in diesem Jahre hier am Orte und den angrenzenden Ortsteilen am besten betreiben können. Hierzu gab uns Kollege Penz aus Worms näheres über die dortigen Verhältnisse bekannt und bemerkte gleichzeitig, daß die paar dortigen Kollegen gemeinschaftlich mit den Tapezierern in diesem Jahre ein Sommerfest veranstalten und erwarten, daß auch die Mannheimer Kollegen sich an der Feier beteiligen. Darauf erfolgte Schluß der von 35 Kollegen besuchten Versammlung.

Am 4. Februar fand unsere erste Mitgliederversammlung statt. Im „Geschäftlichen“ wurden die Namen der Streikbrecher von Gemeln bekanntgegeben, wobei sich herausstellte, daß einer von ihnen, nämlich Alois Kapp, vor 2 Jahren hier in Mannheim gearbeitet und hier Mitglied unseres Verbandes war. Bei der Abrechnung von unserer Neujahrsfeier, welche am 7. Januar 1911 stattfand, haben wir einen Ueberschuß von 119,53 Mk. zu verzeichnen. Im Anschluß hieran gab Kollege Vohland den Artikelbericht der letzten Kartellversammlung, in der hauptsächlich zur Vortrage des Stadtrats zwecks Einführung einer kommunalen Arbeitlosenversicherung Stellung genommen wurde. Zum Schluß wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erörtert. Anwesend waren 26 Kollegen.

**München.** (E. 18. 2.) Am 28. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorkommenden ist verschiedenes erwähnenswert. Das verfloßene Jahr ist ein sehr bewegtes zu nennen, besonders was Lohnbewegungen und Tarifabschlüsse anbelangt. Den Reigen eröffnete die Autofirma Gebr. Weipart. Nach Kündigung des Tarifs durch die Arbeiterschaft suchte die Firma die Verhandlungen so lange hinauszuziehen, bis sie mit den übrigen Wagen- und Karosseriefabriken in corpore gegen uns vorgehen konnte. Darin erblinden die Arbeiter einen Nachteil und als am Tage des Tarifablaufes kein Entgeltentommen sich zeigte, beschloßen die Arbeiter mit großer Majorität den Streik. Leider fanden sich einige „Eble“, auch aus unseren Reihen, welche es mit ihrem Ehrgefühl vereinbaren konnten, ihren kämpfenden Kameraden in den Rücken zu fallen. Nach vierwöchentlichem Dauer nicht der Kampf, weil aussichtslos, abgebrochen werden; inzwischen hatten die Arbeiter der übrigen Fabriken den Tarif gefunden, nun wurde gemeinsam verhandelt. Nach kurzem Unterhandeln wurde ein Tarif mit der Dauer bis 1914 und einer satzweisen Lohnzulage von 7 Pf. pro Stunde, verteilt auf 4 Jahre, abgeschlossen. Verloren wurde der Streik nur im Prinzip, materielle Vorteile wurden den doch errungen. Nun folgte die Firma Gottschalk u. Co., welche sich konsequent weigerte, einen Tarif abzuschließen, was

auch nicht erzwungen werden konnte, eine Lohnzusage wurde jedoch erreicht. Die Gemeindevorwaltung wurde erübt, durch Entziehung der gemeindlichen Arbeiten einen Druck auszuüben, als nicht tarifliche Firma. Die bürgerlichen Vertreter verweigerten jedoch. Nun kam die Meiseartifelbranche an die Reihe, hier kündigten ebenfalls die Kollegen und auch hier war es möglich, ohne Kampf einen recht ansehnlichen Erfolg zu erringen. Weiter wurde nun mit der Vertikale der „Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft“ eine Tarifverhandlung eingeleitet. Ein Tarif mit anscheinlichen Verbesserungen wurde vereinbart, aber derselbe ist bis heute noch nicht unterzeichnet, wird jedoch eingehalten. Gatten wir mit den wirtschaftlichen Kämpfen wie immer unter bekanntes „Schwein“, so können wir daselbe von der Mitgliederbewegung nicht behaupten. Die Zahl der männlichen Mitglieder ging um eins herunter, an weiblichen Mitgliedern hatten wir einen kleinen Zuwachs zu verzeichnen. Den Rückgang können wir nur durch den allgemeinen schlechten Geschäftsgang erklären. Einige Einzelmitglieder wurden dem Gau Nürnberg überwiesen, zählten jedoch früher mit der Filiale, eine Vertikale wurde nahezu ganz durch fortwährende Stänkerei und Weiberei unter den Kollegen verloren, während dieselbe früher immer 12 Mitglieder stellte. Die Beitragszahlung war gut. Die Wahl der Verwaltung brachte mit einigen Änderungen ziemlich wieder die gleichen Kollegen an die Front. Das wäre das Erwähnenswerteste aus der Versammlung. Zur Sprache kam noch das Unterrichtsangelegenheit der Rathenower Kollegen. Scharf wurde das unzureichende Gebahren derselben gerügt, wäre der richtige Sachverhalt erklärt worden, wären die Minderen nicht so freigegeben gewesen, in Zukunft wird so etwas auch nicht mehr ohne weiteres gemacht. Im übrigen nahm die Versammlung einen harmonischen Verlauf! Nun hinein in das neue Geschäftsjahr, hinein in den Kampf! Tarifverträge sind nicht zu erneuern. Die ganze Kraft soll aufgewendet werden in der Agitation, der letzte Sattler, welcher organisationsfähig ist, muß aufscheucht werden, einmal müssen wir vollzählig beisammen sein, dann macht sich's leicht. **Vormärz!**

**Oberlin.** (E. 20. 2.) In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt der Kollege Partsch eine Vorlesung über Sexualität, welche von den Mitgliedern mit regem Interesse aufgenommen und beschlossen wurde, wenn möglich, derartige Vorlesungen des öfteren vorzunehmen. Nebenbei schilderte der Kollege Partsch die gegenwärtigen Verhältnisse bei der Firma Knade in Wons. Ganz besonders verurteilt wird das Benehmen des Meisters Lippert (eines Ausländers) gegenüber unseren Kollegen. Es wurden wieder einige Kollegen als zum Verbands gehörig ausgeschmiffelt und insofern dessen geneigt. Unter „Verschiedenem“ werden die eingegangenen Schreiben und offenen Stellen bekanntgegeben. Der Kollege Jajonz erinnert an die genaue Ausfüllung der statistischen Fragebogen und agitiert gleichzeitig für die Zentralkrankenkasse der Sattler und Portefeuille und hebt deren Leistungen besonders hervor. Die Versammlung bezieht, am 25. Februar abends beim Kollegen Deede eine gemütliche Zusammenkunft abzuhalten. Nachdem der Fragekasten und die Bibliothek erledigt, schließt Kollege Jajonz die Versammlung.

**Rechtssprechung.**

Die Weltfremdheit unserer Richter zeigte sich wieder einmal bei einem Urteile, der über einen „Streikführer“ gefällt werden mußte. Es handelt sich um den Streik, den unsere Kollegen in Uetersen führten. Einer der Streikenden machte pflichtgemäß den „Arbeitswilligen“ Sattler Sch. darauf aufmerksam, daß er mit seinem Verhalten die Gesamtkollegen schädige. Dem Sch. leuchtete dieses jedoch nicht ein, worauf der Streikende zu ihm gesagt haben soll: „Morgen wirst Du nicht mehr in Deiner Wohnung, sondern bei den fünf Schweinen in Stalle schlafen! Kaufe Dir lieber einen Revolver und schicke Dich toll!“ — Diese etwas berberisch, aber aber mehr scherzhaft übertriebene, als ernst gemeinte Neuerung eines Streikenden will der „Bedrohliche“ angeblich wortwörtlich ernst genommen haben. Daß auch das Gericht diese Neuerung ernst nahm, bezeugte es damit, daß es den „Streikführer“ wegen Verleumdung zu 50 Mk. Geldstrafe bezw. 10 Tagen Gefängnis verurteilte. In der Berufungssitzung wurde diese Strafe sogar noch verschärft, indem die Gefängnisstrafe auf 14 Tage erhöht und die Geldstrafe vollkommen ausgeschaltet wurde. Nun hat also der freundliche Ratgeber 14 Tage Zeit darüber nachzudenken, was er in Zukunft zu einem „Arbeitswilligen“ sagen darf und was er nicht sagen darf! Wir wollen auch gar nicht die Gedanken weiter spinnen, die uns be-

schlichen, als wir dieses Urteil laien. Aber an eine gleichfalls vom Richterkollegium geäußerte Ansicht über den Zweck, den der Streikende mit seiner Neuerung wider den Arbeitswilligen verfolgt haben soll, müssen wir noch zurückkommen, weil diese Meinungsäußerung des Gerichtes so recht zeigt, daß gelehrte Richter das Wesen der Arbeitskampfe und deren Kampfsmittel absolut nicht guttunend zu beurteilen in der Lage sind. Während die erste Instanz, das Schöffengericht, ein Urtmadret und ein Landarbeiter wirkten als Schöffen, guttunend entschied, daß die Streikenden den „Arbeitswilligen“ absolut nicht zur Teilnahme an dem Streik, sondern nur zur Arbeitsniederlegung und evtl. Abreise zu bewegen versucht haben, stellte sich der Strafkammer des Landgerichts hier wirkten nur Berufsrichter mit auf den entgegengelegten Standpunkt. Man hob das Urteil des Schöffengerichtes auf und erklärte: Der Angeklagte wollte den „Arbeitswilligen“ nicht nur zwingen, sich des Arbeitens zu enthalten, sich also lediglich passiv zu verhalten, sondern seine Absicht ging weiter. Er wollte den Sch. als neuen Teilnehmer an der Verabredung der Streikenden gewinnen, zweifellos die Zahl der Streikenden vernehmen, Sch. sollte selbst Streikender werden und an deren wirtschaftlichen und rechtlichen Lage interessiert werden, dann auch an der Rechts- und Wirtschaftslage der ausländischen Koalition teilnehmend sich anstellen, den Wohlstand des Arbeitgebers vergrößern, um dadurch wieder die Position der Streikenden zu fördern. Nur das konnte und sollte der Sinn der Neuerung des Angeklagten sein. Die Erzwingung eines bloß passiven Verhaltens des Sch. wäre den Streikenden nur von geringem Nutzen gewesen!“ usw.

So viel Worte, so viel Irrtümer! Jeder, aber auch jeder, der nur das ABC der Wirtschaftskämpfe der Arbeiter kennt, hätte den Herren Richtern sagen können, ja jaagen müssen: „Meine Herren Richter, Sie befinden sich in einem fundamentalen Irrtum!“ Das Gegenteil ist nämlich zutreffend! Die Streikenden haben niemals ein Interesse daran, daß die während des Streiks in die härtesten Vertriebe eingetretenen „Arbeitswilligen“ sich den Streikenden anschließen. Die Niederlegung der Arbeit dieser Leute genügt den Streikenden vollkommen, mehr wird auch nie verlangt. Die Streikenden wehren sich sogar in 99 von 100 Fällen mit Recht dagegen, wenn diese „Arbeitswilligen“ sich an dem Streik beteiligen wollen. Jeder leben sich die Streikenden fast stets dazu gezwungen, diese Teilnahme gestatten zu müssen, weil die Herren „Arbeitswilligen“ doch Unterstützung, und zwar möglichst hohe, haben wollen. Also das Schöffengericht hatte recht: Es ist nun einmal so, die Niederlegung der Arbeit wurde nur verlangt, nicht aber die Teilnahme an dem Streik! Der § 153 der St.-O. dürfte also unseres Erachtens bei der Urteilsfällung nicht mit herangezogen werden, dann aber müßte es bei dem Urteile erster Instanz bleiben, wenn nicht überhaupt eine Freisprechung am Klage gewesen wäre.

**Rundschau.**

**Aus den Parlamenten.** Am Beginn dieser Woche besaßen sich die Reichstagen mit der Beratung einer sehr „wässrigen“ Materie, die aber einen ungemein „metallischen“ Beigeschmack zeigte, nämlich dem Marinewet. „Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser“, davon ist nun wohl so ziemlich jeder überzeugt, seitdem der deutsche Kaiser über dieses Thema den bekannten Vortrag gehalten hat. Daß die Sozialdemokraten natürlich nach wie vor nichts von dieser „wässrigen Zukunft“ wissen wollen, ist kein Wunder, denn diesen Vögeln ist es eben nie recht zu machen! — Und den Staub schütteln sie auch nicht von den Pantoffeln, wie es ihnen der Kaiser seinerzeit geraten hatte! Glücklicherweise, so wird der Marineminister v. Tirpitz sagen, denn die paar Gelben und die sogenannten „Nationalen“ wären gar nicht imstande, den Bedauern des Herrn v. Tirpitz an Schiffen denken zu können. — Daß man im Reichstage sich des langen und breiten auch noch über die „Ariegervereinsrede“ wider den inneren Feind“ des Großadmirals, Prinzen Heinrich von Preußen, aufhielt, ist uns unerklärlich, denn — was soll der Herr tun, wenn nun mal ein Ariegerverein partout eine solche Rede hören will? — Hebrigens, wir haben schon schlechtere Prinzenreden gelesen! Mit Recht kam denn auch der vorkriegswandte Mann, den der Deutsche Reichstag zurzeit hat, Herr Matthias Erberger, das Gegenteil von einem Charakter, dem Marineminister zu Hilfe und beistandete diesem, daß es nirgends, sogar in der christlichen Pausenorganisation zu München nicht, so recht und vernunftgemäß gucht als beim Etat der Marine und in staatlichen Werftbetrieben. — Herr v. Tirpitz verhandelt denn auch die Erbergerischen Schleimerien zu wür-

digen, obwohl ihm, wie es heißt, mehrere Male in Kammerfahrt der Kammer Zeitung an der Deede des Sitzungssaales erwidern sei. Denn man münnelt zu etwas wie „Wen Herr Erberger lobt, der mirbt bald!“ Doch was geht uns das an, Herr v. Tirpitz in zu ersehen. Er selbst scheint das allerdings kaum für möglich zu halten, denn sonst hätte er wohl kaum für die Herren Offiziere ganz enorme Gehalts- und Remunerationssalagen gefordert und gleichzeitig ersucht, die bereits den Herr zum bewilligte Zulage von 20 P. pro Tag wieder zu erhöhen. Die von einem Abgeordneten ausgesprochene Ansicht, daß die Heizer mit dieser Zulage sicher unzufrieden sein werden, tat der „Gott des Meeres“ mit einer Sandbewegung und der Verneinung ab: „Wenn es befohlen wird, dann hört die Unzufriedenheit auf!“ Bravo! bravissimo! Ein Jurist wie ich, was macht sich der daraus!“, so dachte der Herr Minister, aber der Reichstag folgte ihm und den Spuren des „großen Matthiars“ doch nicht und beschloß mit 162 gegen 155 Stimmen, den Heizern die 20 P. pro Tag wieder zu gewähren. Zahlreiche Reichsteden der Marine- und Werftarbeiter weisen gleichfalls darauf hin, daß im Reiche des Meeres nicht alles Gold ist, was glänzt. Die Sozialdemokraten brachten eine Resolution ein, monach Arbeiten und Versicherungen für die Marinewerwaltung nur an Firmen vergeben werden sollen, welche bezüglich der Arbeitsbedingungen die geforderten Vorschriften einhalten und sich verpflichten, auf den Abstieg von Tarifverträgen hinzuwirken, und wonach die Marinewerwaltung bei der Festlegung und Neuordnung der Arbeitsbedingungen die Arbeiterausschüsse hinzu ziehen soll, über die namentlich abgemittelt wurde. Die Resolution wurde mit 240 gegen 101 Stimmen angenommen.

Das Gleiche geschah mit zwei Resolutionen der Abgeordneten Wiesberts und Behrens, die die Berücksichtigung tarifreuer Firmen und den Ausbau der Arbeiterausschüsse empfahlen. Von Interesse ist auch der Versuch des „fortschrittlichen“ Abgeordneten Ahlborn, den Arbeitern die Ergänzungen und Vorteile des Konjunkturloos zu entziehen. Von unserem Bebel, der erfreulicherweise wieder so leidlich gesundheitslich intakt ist, holte sich dieser „fortschrittliche“ die nötige Abfuhr.

Gegen Ende der Woche kam man dann auf unsere berühmte „chinesische Pachtung“ Kautschou zu sprechen. Diese Pachtung auf 99 Jahre hat uns schon das runde Summen von 150 Millionen Mark gekostet. Auf die Frage, was uns Kautschou bis jetzt eingebracht hat, antwortete die Regierung und die bürgerlichen Parteien einträchtig und regelmäßig mit einem Geschwafel über Vaterlandsliebe usw. Das ist zwar nicht viel, aber es ist doch was, es ist ein Beweis dafür, daß es inwieweit Interessentkreise gibt, die auch aus Kautschou ihre „Prozentchen“ zu holen wissen. Daher der Ehr!

Jetzt endlich hat man übrigens in Regierungskreisen die Entdeckung gemacht, daß der Reichstag immer noch besser ist als es die Regierung verdient. Man will also das Reichsparlament eines „natürlichen Todes“ sterben lassen und die Neuwahlen demnach erst im nächsten Jahre vornehmen. Das braucht aber niemand unbedingt zu glauben, obwohl die Wahrscheinlichkeit besteht, daß es so ist. „Zeit gewonnen, alles gewonnen!“, so denken die Regierung sowohl wie die „Schwarzblauen“.

Zu erwähnen wäre in bezug auf die Beratungen der Reichsversicherungsordnungskommission, daß sich ein Vertretertag sämtlicher Landesversicherungsanstalten einstimmig gegen den Versuch der Regierung wie der Kommission, die für das vorübergehende Verfahren aufzuwerfenden Mittel auf 7 Proz. der Beitragsentnahmen beschränkt wissen wollen, ausgesprochen hat. Der Beschluß lautet:

„Der von der Kommission zur Vorberatung der Reichsversicherungsordnung beschlossene Zusatz zu § 1341 betreffend die Einschränkung der vorbeugenden Krankenfürsorge der Versicherungsanstalten führt notwendig zur völligen Aufhebung der Selbstverwaltung der Träger der Invalidenversicherung, beseitigt den maßgebenden Einfluß der dem Ausschuß angehörenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf die Verwaltung und damit die Arbeitsfreudigkeit des für die Durchführung der Invalidenversicherung so wichtigen Organe. Die vorbeugende Krankenfürsorge bildet gegenwärtig einen der bedeutendsten Faktoren bei der Durchführung der Invalidenversicherung und läßt keinerlei Einschränkung zu, soweit nicht die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalten auf dem Gebiete der Rentenzahlungen direkt gefährdet wird. Die am 18. Februar 1911 in Berlin zu einer Vollversammlung einberufenen deutschen Versicherungsanstalten sind daher einmütig der Ansicht, daß der von der Kommission beschlossene Zusatz zu § 1341 die Durchführung der Invalidenversicherung in der schwersten Weise gefährden würde und bitten um Streichung dieses Zusatzes.“

Regierg darf man sein zu hören, wie nun die Zentrumschritten sich aus der Schlinge ziehen oder aber ihre Stellungnahme als Arbeiterwohlfahrer sichern werden.

Im preussischen Abgeordnetenhaus liegt der Polizeiminister Kardon, der Minister für die Polizei, auf der Anklagebank. Aber was nützen in Preußen die Anklagen. Daran hat es hier nie gefehlt, wenn kein Richterkollegium da ist, das die Angeklagten zu verurteilen die Macht hätte.

Der Mann macht jetzt übrigens alles, und bald werden wir mehr von ihm hören.

Einen glänzenden Sieg erringt der Zentralverband der Handlungsgehilfen bei den am Sonntag, den 12. Februar, in Berlin stattgefundenen Kaufmannsgerichtswahlen.

Achtstundentag für Steinbruder in Amerika. Mit dem 1. Januar 1911 wurde für die Steinbruder in den Vereinigten Staaten der Achtstundentag eingeführt resp. die Arbeitszeit von 54 Stunden auf 48 Stunden wöchentlich verfürzt.

Bekanntmachung des Zentralverbandes.

Dem diesmaligen Sendungen an die Ortsverwaltungen liegt die Abrechnung für das 1. Quartal bei, was wir zu beachten bitten. Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Alle diejenigen, die unsere Zeitung durch Postüberweisung (also nicht unter Kreuzband) empfangen, werden dringend gebeten, etwaige Adressänderungen, die zum 1. April erfolgen, spätestens bis zum 8. März bei uns anzumelden.

W. G. in Berlin. Eine derartige Aeußerung ist weder auf dem Radeburger noch sonst auf einem anderen Parteitag gefallen. Das Ganze ist nichts als plumper, unferfrohenher Schwindel von diesem angeblich „Christlichgeimint“. Vielleicht hat der Mann die Courage, in unseren Versammlungen öffentlich und mit Namentennung hervorzutreten?

Bücherchau.

Das Geistes- und Kulturleben der Völker tritt uns nirgends reiner entgegen, als in den Werken ihrer Literatur, und nirgends bietet sich ein besserer Maßstab für die Beurteilung des inneren Charakters, der Gemütsart und des inneren Charakters der Nationen als in den Denkmälern ihrer Dichter und Denker. Diese studieren, heißt aus dem Born der Weltweisheit schöpfen. Die berühmtesten Werke der außerdeutschen Schriftsteller finden sich vereinigt in Meyers Bibliothek der ausländischen Klassiker.

Katechismus für die theoretische Geistes- und Weisheitslehre von Dr. Waldmüller. Dritte, neubearbeitete und erweiterte Auflage. Preis 75 Pf. Verlag von Hugo Voigt in Leipzig.

ichen Gesellen und Meisterprüfung notwendigen Kenntnisse vermitteln, indem es ihn bekannt macht mit den für ihn wichtigsten Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Genossenschaftsgesetzes, der Arbeiterversicherungsgeetze, des Wechselrechtes, des Scheck- und des Reichsdruckrechtes.

Der Reichsverband. Nationale Zeitung zur Verwirklichung der Sozialdemokratie. So verteilt sich eine Jacken im Verlage von G. Vrl u. Co. m. b. H. in München erschiene illustrierte Fachzeitschrift, die in überaus gelungener Weise die Verordnungen des Reichsverbandes und aller anderen Schlichter im Wort und Bild der verdienten Vorkämpfer ausliefern. Der billige Preis von 10 Pf. ermöglicht es jedem, sich an dieser bei den Parteibuchhandlungen und Kolportieren vorräthigen politischen Zeitschrift zu ergöhen.

Adressenänderungen.

Konstanz, V. „Silberner Mond“, Postfach. Colmar i. G. B. Muet Gebet, Markt-Graben 27.

Sterbetafel.

Berlin. Hermann Hertrampf, Militärführer, 54 Jahre alt. Albert Wadow, Portefeuller, 35 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsangelegenheiten, die bis zum Redaktionsschluss bei uns einlaufen.)

Berlin. Branchen-Versammlungen. Weichholzbranche: Donnerstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelshof 15. Portefeuller- und Meißelartikelbranche: Mittwoch, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Braunmann, Kaufm. 27. Militärbranche: Mittwoch, den 1. März, abends 6 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27. Linoleumleger und Teppichnäher: Mittwoch, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Weibrecht, Grünstr. 21. Wagenbranche: Mittwoch, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerk-

schaftshaus“, Engelshof 15. Eisenmöbel- und Lederstuhlpolierer: Donnerstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelshof 15. Sektion Charlottenburg: Mittwoch, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Köpenickerstr. 3.

Wanzen. Sonnabend, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, in „Stadt Jittau“, Versammlung.

Kreslan. Sonnabend, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Grünen Bergel“, Mitgliederversammlung.

Gelsenkirchen. Samstag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“ (Saal 5), Versammlung.

Oera. Sonnabend, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, in Michaels Platz, Greizer Gasse, Mitgliederversammlung.

Samburg-Altona. Donnerstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Versammlung.

Heilbronn. Samstag, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, „Zur Weibertreu“, Markstraße, Versammlung.

Maunheim. Samstag, den 4. März, Mitgliederversammlung.

Wühlhausen i. Thür. Sonnabend, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Kaiser Wilhelm“, Mitgliederversammlung.

Kemscheid. Samstag, den 4. März, im „Volkshaus“, Kemscheid, Visumarktstraße, Versammlung.

Sträßburg i. G. Sonnabend, den 4. März, abends 9 Uhr, „Zum Falken“, Schiffentladen, Mitgliederversammlung.

Stuttgart-Cannstatt. (Wagenbranche.) Samstag, den 4. März, abends 8 Uhr, Versammlung in Cannstatt.

Bismar. Sonnabend, den 4. März, Mitglieder-

versammlung.

Offenbach a. M. Branchenversammlungen. Buchneider: Montag, den 6. März, im „Storch“. — Branche für eingeförrerte Reiseartikel: Montag, den 6. März, „Zur Starckenburg“. — Branche für Einrichtungsgen und Nähen: Montag, den 6. März, im „Lindenfels“. — Branche der Anschläger: Montag, den 6. März, im „Bobbeschenfelde“. — Branche für Rahmen und weiche Arbeit: Dienstag, den 7. März, im „Lindenfels“. — Branche für öffentliche Arbeit: Mittwoch, den 1. März, „Zur Starckenburg“. — Treibriehbranche: Mittwoch, den 1. März, im „Lindenfels“. — Damentischbranche: Montag, den 13. März, im „Storch“.



Anzeigen

Ortsverwaltung Berlin.

Sonnabend, den 11. März 1911, in Louis Kellers Festsälen (Inb. Freyer), Kopenitr. 29

„Ein Rosenfest“ im Frankfurter Kietz

Auf dem Festplatz Volksbelustigungen aller Art: Große Tombola: Unter anderem „Glöckchen-Quadrille“ unter Leitung des Gemeinbedieners H. Heinrich. Teilnahmekarte 50 Pf. Beginn des Festtrabets 9 Uhr.

Erscheinen der Festteilnehmer in Sommer-toilette ist erwünscht. Um zahlreichen Besuch bittet Der Gemeindevorstand. Billets sind im Bureau und bei den Werkstattvertrauensleuten zu haben.

Treibriemen-Sattlerei

mit großer Stundschafft, in Berlin, verkaufe umständehalber. Offerten M. 99 an die Exped. d. Blattes.

Faltenbrechmaschinen,

Größe 14 x 22 cm, liefert Alfred Krubensbacher, Maschinenfabrik, Berlin, Köpenickerstraße 155/156. Amt IV, 7929.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Allgemeine Länderkunde Kleine Ausgabe

Von Professor Dr. Wilhelm Sievers Mit 62 Textkarten und Profilen, 33 Kartenbeilagen, 36 Tafeln, Farbendruck, Aetzung u. Holzschnitt u. 1 Tabelle 2 Bände in Leinen gebunden zu je 10 Mark

Meyers Geographischer Hand-Atlas

Dritte Auflage. — Mit 115 Kartenblättern u. 5 Textbeilagen. Ausgabe A: ohne Register. In Leinen gebunden 10 M. Ausgabe B: mit Namenregister. In Halbleder geb. 15 M.

Prospekte sind kostenfrei durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Georg Wehnachts Bierhaus, Grötkr. 21. F. Weiß-Bayrisch-Kulmbacher Bier

Zahlstelle der Zentral-Kassenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Freien Volkshäuser“.